

1 **Kooperationsvereinbarung**
2 **zwischen**
3 **Christlich Demokratische Union (CDU), Kreisverband Köln/**
4 **CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln**
5 **und**
6 **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Köln/**
7 **GRÜNE-Fraktion im Kölner Rat**
8 **für die laufende Wahlperiode bis 2020**
9

10 **Selbstverständnis der Kooperation**

11 CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nehmen nach der erfolgreichen Oberbürgermeisterin-
12 wahl von Henriette Reker die Chance wahr, mit einem Gestaltungsbündnis im Rat der Stadt
13 Köln gemeinsam die Geschicke der Stadt bis zum Ende der Ratsperiode im Jahr 2020 zu len-
14 ken. In einer für Köln bewegten Zeit werden beide Parteien von der Idee geleitet, dass der
15 Handlungsstau der Stadt Köln gemeinsam mit der Oberbürgermeisterin aufgelöst werden
16 muss. In den kommenden Jahren steht Köln vor erheblichen Herausforderungen einer wach-
17 senden Stadt, zu denen auch der Zuzug und die erfolgreiche Integration von Geflüchteten ge-
18 hören – Herausforderungen, die einen neuen, sachorientierten Politikstil erfordern, für den die
19 neue Oberbürgermeisterin Henriette Reker eintritt und den beide Parteien des Gestaltungs-
20 bündnisses unterstützen.

21 CDU und GRÜNE werben für die Umsetzung relevanter Vorhaben um breite politische Mehr-
22 heiten im Rat. Mehrheitsbildungen mithilfe rechtspopulistischer und rechtsextremer Stimmen
23 werden ausdrücklich ausgeschlossen. Beide Parteien bedauern, dass bei einer Kölner Bezirks-
24 bürgermeisterwahl im Jahr 2014 rechtsextreme Stimmen den Ausschlag gegeben haben. Für
25 die Zukunft gilt: Beide Parteien wirken gegenüber ihren Bezirksvertretungsfraktionen darauf
26 hin, dafür Sorge zu tragen, dass bei Wahlen und Sachentscheidungen in Bezirksvertretungen
27 rechtspopulistische und rechtsextreme Stimmen nicht den Ausschlag geben.

28 Die Stadt Köln steht vor großen Herausforderungen. CDU und GRÜNE haben das gemeinsa-
29 me Ziel, für wesentliche Vorhaben und Aufgaben auf breite Mehrheiten im Rat hinzuwirken.
30 Dies betrifft die Sanierung des Stadthaushalts, die großen Sanierungsvorhaben der städtischen
31 Infrastruktur und der Gebäude, die Neuordnung der Dezernate, die Optimierung des Verwal-
32 tungshandelns sowie die strategische Ausrichtung städtischer Unternehmen zur Sicherung der
33 Daseinsvorsorge. So möchten CDU und GRÜNE auch dem neuen Politikstil von Oberbürger-
34 meisterin Henriette Reker Rechnung tragen, die breite Mehrheiten für „an der Sache orientierte
35 Entscheidungen“ (OB Reker) in wesentlichen Fragen erreichen möchte. Diesen neuen Politik-
36 stil begrüßen CDU und GRÜNE ausdrücklich.

37 Die Sicherung kommunaler Gestaltungsfreiheit bleibt die entscheidende Aufgabenstellung der
38 nächsten Jahre. Dies setzt einerseits voraus, dass ein mittelfristig wirkendes Sanierungskon-
39 zept für den städtischen Haushalt entwickelt und umgesetzt wird, das eine ehrliche Aufgaben-
40 kritik erfordert. Andererseits besteht der feste Wille, den sozialen Frieden und die für die Wett-
41 bewerbsfähigkeit Kölns im nationalen und internationalen Rahmen erforderlichen städtischen
42 Strukturen dauerhaft sicherzustellen. Nur so kann Köln seine Aufgabe als Kristallisationspunkt
43 einer wirtschaftlich und kulturell starken Region gerecht werden.

44 Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung sind für beide Seiten unverzichtbare Bestandteile
45 moderner Kommunalpolitik. Insoweit kommt bürgerschaftlicher Freiheit, Selbstverantwortung
46 und Selbstbestimmung eine entscheidende Rolle zu. Die gezielte Förderung des bürgerschaft-
47 lichen Engagements ist ein wichtiger Bestandteil für eine aktive Kommunalpolitik.

48 Die Schaffung gerechter Lebensverhältnisse in der Großstadt bleibt angesichts zurückgehen-
49 der öffentlicher Mittel eine der zentralen Aufgaben der Politik von CDU und GRÜNEN. Das be-
50 deutet: soziale Gerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und Gerechtigkeit zwischen den Ge-
51 schlechtern. Gleichzeitig ergibt sich aus dieser Situation die Chance, eine lebendige Stadt
52 durch Rückbesinnung auf die Grundgedanken des Subsidiaritätsprinzips zu gestalten.

53 Die Parteien sind sich ferner einig in dem Ziel, bei den Herausforderungen einer wachsenden
54 Stadt und der Gestaltung großstädtischer Lebensräume dem von beiden Seiten akzeptierten
55 Gedanken der Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Nachhaltigkeit und der Schöp-
56 fung und Umwelt Rechnung zu tragen. Stadtentwicklungs-, Verkehrs- und Infrastrukturpolitik
57 müssen sich an diesen Vorgaben messen lassen. Die bereits absehbaren Folgen des Klima-
58 wandels sind bei allen städtischen Planungen und Projekten zu berücksichtigen.

59 Auf Basis dieses gemeinsamen Selbstverständnisses vereinbaren CDU und GRÜNE die fol-
60 genden kommunalpolitischen Zielsetzungen, Schwerpunkte und Vorhaben, die sie in der lau-
61 fenden Wahlperiode für Köln umsetzen möchten.

62

63	Inhalt	
64	I. Stadtfinanzen und Stadthaushalt.....	4
65	II. Stadtentwicklung.....	7
66	III. Wirtschaft.....	11
67	IV. Mobilität und Verkehrsinfrastruktur	15
68	V. Umwelt	17
69	VI. Soziales und Integration	20
70	VII. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderung	23
71	VIII. Gesundheit	24
72	IX. Bauen und Gebäudewirtschaft	26
73	X. Schule und Weiterbildung.....	27
74	XI. Jugendhilfe.....	29
75	XII. Kultur	31
76	XIII. Sport	34
77	XIV. Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement.....	35
78	XV. Regionale Kooperation	36
79	XVI. Internationales, Europa, Städtepartnerschaften.....	37
80	XVII. Für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, gegen Extremismus und	
81	Rassismus	38
82	XVIII. Rat und Verwaltung.....	39
83	XIX. Arbeitsweise in der Kooperation.....	42
84		

85 I. Stadtfinanzen und Stadthaushalt

86 Eine nachhaltige und gerechte Haushaltspolitik ist das Ziel von CDU und GRÜNEN. Ange-
 87 sichts der schwierigen Haushaltslage sind verantwortungsvolle und umsichtige Konsolidie-
 88 rungsmaßnahmen im kommunalen Aufgabenspektrum in den nächsten Jahren notwendig, um
 89 die Stadt Köln vor der Haushaltssicherung zu bewahren und politische Gestaltungsmöglichkei-
 90 ten zu erhalten. Die zunehmenden Herausforderungen einer wachsenden Stadt mit steigenden
 91 Bildungs- und Betreuungsbedarfen im Schul- und Kitabereich, steigenden Sozial- und Unter-
 92 bringungskosten, vor allem auch für Geflüchtete, und einem erheblichen Investitions- und Sa-
 93 nierungsbedarf bei den städtischen Verkehrs- und Infrastrukturvermögen verengen die verblie-
 94 benen Spielräume zunehmend.

95 Eine gezielte finanzielle Entlastung durch Bund und Land ist daher drängender denn je. Bei der
 96 Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen ist im Zuge der Verhandlungen zwischen Bund
 97 und Ländern die angespannte finanzielle Lage vieler Städte und Gemeinden zu berücksichti-
 98 gen. Eine Gemeindefinanzreform und eine Änderung der Steuergesetzgebung mit dem Ziel der
 99 Stärkung kommunaler Steuerkraft stehen vorrangig auf der Agenda. CDU und GRÜNE befür-
 100 worten eine Infrastrukturförderung über ein Solidarpaktinstrument, das sich nicht an Himmels-
 101 richtungen, sondern an Bedürftigkeit ausrichtet. Eine rechtssichere und belastbare Grundsteuer
 102 für die Kommunen ist von großer Bedeutung. Eine zeitnahe Umsetzung der angestrebten Re-
 103 form der Grundsteuer bringt Klarheit und Verlässlichkeit.

104 In den nächsten Jahren sind erhebliche Aufwendungen für Maßnahmen zur Sanierung von
 105 Straßen, Tunneln und Brücken in Köln erforderlich. Dieser Bedarf kann nur mithilfe des Bundes
 106 und des Landes gedeckt werden. Eine leistungs- und zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur ist
 107 für Köln im Sinne der Daseinsvorsorge unverzichtbare Grundlage für die Mobilität der Men-
 108 schen und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. CDU und GRÜNE setzen sich deshalb
 109 gegenüber Bund und Land dafür ein, dass die weitere Förderung der kommunalen ÖPNV- und
 110 Verkehrsinfrastruktur sichergestellt wird.

111 Angesichts der Erfordernisse an die Haushaltssanierung sind Einsparungen, Leistungsreduzie-
 112 rungen und mitunter auch der Verzicht auf Maßnahmen unvermeidbar. Flächendeckende dras-
 113 tische Kürzungen nach dem „Rasenmäherprinzip“ sind dabei jedoch kontraproduktiv. Aufgrund
 114 ihres mangelnden Differenzierungsgrads wirken sie vielfach ungerecht und erhöhen zudem die
 115 Gefahr, dass wichtige Leistungsstrukturen unwiederbringlich zerstört werden.

116 Grundsätze – Ziele – Maßnahmen

- 117 ▪ Konsolidierung bedeutet auch, Effizienz und Synergien zu erhöhen und die Leistungs-
 118 erbringung zu optimieren. Mithilfe von Personalentwicklungskonzepten ist die personel-
 119 le Aufstellung in der Stadtverwaltung effizient zu organisieren. Die Umschichtung von
 120 Personalressourcen – auch über Dezernatsgrenzen hinweg – zur Stärkung priorisierter
 121 Aufgaben wird notwendig sein. Verwaltungsabläufe sind konsequent auf ihre Pro-
 122 zessoptimierung hin zu prüfen und zu verbessern.
- 123 ▪ Die Verwaltung hat jeden Ressourceneinsatz kritisch auf seine Notwendigkeit hin zu
 124 prüfen. Dabei sind im Sinne der Nachhaltigkeit die Folgewirkungen jeweils sorgfältig
 125 abzuwägen. Jede Sparmaßnahme ist daraufhin zu prüfen, ob sie langfristig nachhaltig
 126 ist.
- 127 ▪ Der Weg zu einem wirkungsorientierten Haushalt wird weiter beschritten. Dazu gehört
 128 auch die Steuerung städtischer Investitionsvorhaben durch ein enges Baukostencontrol-
 129 ling. Städtische Zuschüsse sollen auf Basis transparenter Verfahren vergeben werden.
 130 Leistungsvereinbarungen sowie ein nachvollziehbares Controlling-Verfahren sind not-
 131 wendige Instrumente. Ein periodisches Berichtswesen dokumentiert Kosten und Quali-
 132 tät der Verwaltungsleistungen und macht messbar, inwieweit politische Zielvorgaben er-
 133 reicht worden sind. Insgesamt muss der Stadthaushalt transparenter und aussagefähi-
 134 ger dargestellt und die Möglichkeiten des neuen kommunalen Finanzmanagements
 135 (NKF) genutzt werden. Dazu gehören die systematische Ausweisung der Transfer- und
 136 sonstigen Aufwendungen in den Ergebnisplänen, die Umsetzung und Darstellung von

137 Produkt- und Leistungsbeschreibungen, Kennzahlen und Benchmarks und nicht zuletzt
138 ein unterjähriges Controlling in allen Dezernaten.

- 139 ▪ Die Gewerbesteuer ist die bedeutendste Einnahmequelle der Stadt. Der Gewerbesteuer-
140 erhebesatz (475,0 %) soll stabil bleiben, um die Wettbewerbsfähigkeit Kölns zu erhal-
141 ten. Vorrangiges Ziel ist eine verstärkte Bestandspflege und Unternehmensansiedlung,
142 um mehr Steuereinnahmen zu erzielen.
- 143 ▪ Die Entwicklung kommunaler Gebühren, wie insbesondere Abwasser-, Straßenreini-
144 gungs- und Müllgebühren, wollen CDU und GRÜNE unter Berücksichtigung des Kos-
145 tendeckungsgebots restriktiv halten. Dies setzt voraus, dass die Entsorgungsbetriebe
146 eine effiziente Wirtschaftsführung betreiben. Die Gebühren für städtische Leistungen
147 bzw. Angebote städtischer Einrichtungen werden auf ihre Angemessenheit hin ebenso
148 überprüft wie der Ressourceneinsatz und der Standard der jeweiligen Leistungserbrin-
149 gung. Die Betriebskostenzuschüsse an städtische Einrichtungen sind dahingehend zu
150 überprüfen, ob eine Reduzierung durch Effizienzsteigerungen und eine verantwortbare
151 Erhöhung der Entgelte möglich ist.
- 152 ▪ Die Ausgliederung von Aufgaben aus der Verwaltung bzw. eine Vergabe an private Drit-
153 te ist nur dann sinnvoll, wenn die Leistung bei gleichen Qualitätsstandards wirtschaftli-
154 cher erbracht oder bei gleichem Mitteleinsatz eine höhere Qualität erzielt werden kann
155 und wichtige Steuerungsfunktionen der Stadt nicht verloren gehen. Dies muss in jedem
156 einzelnen Fall sorgfältig geprüft und abgewogen werden.
- 157 ▪ Die Haushaltslage erfordert eine gezielte, aber auch restriktive Investitionspolitik. Sanie-
158 rungs- und Erhaltungsmaßnahmen haben Priorität. Jeder Investitionsentscheidung
159 muss eine nachvollziehbare Folgekostenberechnung zugrunde liegen. Maßnahmen
160 können nur umgesetzt werden, wenn diese Folgekosten im Rahmen eines ausgegli-
161 chenen Ergebnisplans finanziert werden können.
- 162 ▪ Städtische Unternehmen sollen in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gestärkt wer-
163 den, um ihre Aufgaben im Rahmen der Daseinsvorsorge effizient wahrnehmen und
164 durch Ausschüttungen den Stadthaushalt stärken zu können. Das gilt insbesondere für
165 den Stadtwerke-Konzern Köln (SWK). Dabei ist wichtig, dass wirtschaftliche Solidität
166 und Handlungsfähigkeit der SWK-Gesellschaften nicht gefährdet werden.
- 167 ▪ Defizitausgleich durch Veräußerung städtischer Beteiligungsgesellschaften, die strate-
168 gische bzw. infrastrukturell bedeutsame Aufgaben für die Stadt erfüllen bzw. signifikante
169 Erträge für den Haushalt abwerfen, ist der falsche Weg. Immenser Vermögensverzehr
170 ist keine nachhaltige Finanzpolitik.
- 171 ▪ Eine gesellschaftlich verantwortungsvolle Haushaltskonsolidierung erfordert in Koopera-
172 tion mit der Verwaltung unter Führung der Oberbürgermeisterin eine intensive Erarbei-
173 tung von Prioritäten für die nächsten Jahre. CDU und GRÜNE verfolgen das Ziel, ein
174 breites Bündnis für einen verantwortlichen Konsolidierungskurs im Rat und in der Stadt-
175 gesellschaft zu erreichen.

176 **Städtisches Fördermittelmanagement**

177 In allen Bereichen der Förderung durch Land, Bund und EU – von der Stadtentwicklung über
178 Klimaschutz bis zur Kreativwirtschaft – muss die Verwaltung viel stärker ihre Möglichkeiten
179 nutzen, Fördermittel einzuwerben und gezielt für städtische Vorhaben einzusetzen. Abhängig
180 vom Förderprogramm sind dazu auch regionale Kooperationen im Rahmen der Region
181 Köln/Bonn oder der sich bildenden Metropolregion Rheinland notwendig. Dazu bedarf es des
182 Aufbaus eines systematischen Fördermonitorings, das die Voraussetzung für eine verstärkte
183 Mittelaquise schafft. CDU und GRÜNE werden darauf hinwirken, in der Verwaltung ein zentra-
184 les operatives Akquise- und Förderantragsmanagement aufzubauen und dafür personelle und
185 sachliche Ressourcen in der zukünftigen Haushaltsplanung bereitzustellen, die sich infolge
186 erfolgreicher Mitteleinwerbung weitgehend refinanzieren werden. Ziel ist die deutliche Erhö-
187 hung der Quote eingeworbener Fördermittel.

188

189 **Handlungskonzept „Europa“**

190 Auch die „Europa-Kompetenz“ der Verwaltung soll weiter ausgebaut und die Europaarbeit stra-
191 tegisch weiterentwickelt werden. Zusammen mit den städtischen Beteiligungsunternehmen soll
192 die Zusammenarbeit in Netzwerken mit der Europäischen Union, wie bei Eurocities und Polis,
193 und durch punktuelle Präsenz in Brüssel intensiviert werden. Dazu ist die kurzfristige Entwick-
194 lung eines Handlungskonzepts „EU 2020“ notwendig, das periodisch fortgeschrieben werden
195 soll. CDU und GRÜNE werden dafür die Initiative ergreifen. Partner der Verwaltung sind insbe-
196 sondere die Stadtwerke und die Geschäftsstelle der Region Köln/Bonn.

197

198 II. Stadtentwicklung

199 Die Einwohnerzahl Kölns wird in den nächsten Jahren deutlich steigen. Diese Entwicklung bie-
 200 tet für Köln große Chancen, stellt aber die Stadtpolitik, Verwaltung und Bevölkerung auch vor
 201 große Herausforderungen. In einer Großstadt wie Köln ist Fläche ein knappes, wertvolles und
 202 endliches Gut. Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum steigt weiter. Wohnen muss auch
 203 stärker die Erfordernisse des demographischen Wandels und des Klimaschutzes erfüllen. Das
 204 bedeutet Barrierefreiheit, alters- und familiengerechte Stadtquartiere und energetische Sanie-
 205 rung der Altbaubestände.

206 Leitziele einer nachhaltigen Planungs- und Flächenpolitik

- 207 ▪ Eindämmung von Zersiedelung
- 208 ▪ verantwortungsbewusster Flächenverbrauch unter Berücksichtigung infrastruktureller
 209 und ökologischer Kriterien
- 210 ▪ Entwicklung kompakter, flächensparender und gemischter Nutzungen
- 211 ▪ Zusammenführen von verschiedenen Funktionen, das heißt Wohnen und Arbeiten,
 212 Kultur, Bildung, Freizeit und Einkaufen
- 213 ▪ Erhalt und Schaffung öffentlicher Freiräume, attraktiver Plätze und Grünzonen
- 214 ▪ Sicherung von Gewerbe- und Industriestandorten in Gemengelagen
- 215 ▪ bessere Ausnutzung von Gewerbe- und Industrieflächen durch verdichtete Bebau-
 216 ung
- 217 ▪ Schaffung kurzer Wege, um Verkehrsaufkommen und damit Energieverbrauch,
 218 CO₂-Ausstoß und Emissionen zu vermindern

219 Instrumente

220 Wesentliche Planungsinstrumente sind ein strategisches Flächenmanagement der Verwaltung
 221 bezogen auf alle – nicht nur städtische – Flächen und der Aufbau eines Monitorings, das fort-
 222 laufend Angebot und Nachfrage von Grundstücken, Lagequalitäten, Standortfaktoren und
 223 Fehlnutzungen erfasst und transparent darstellt.

224 Um die Bautätigkeit beschleunigt zu fördern, sind Investoren und Architekten durch die Verwal-
 225 tung effizienter zu unterstützen. Daher soll eine Wohnungsbauleitstelle im Stadtplanungsde-
 226 zernat analog zum Unternehmensservice der Wirtschaftsförderung eingerichtet werden, die aus
 227 einer Hand die notwendigen Genehmigungsprozesse gegenüber den Investoren bündelt.

228 Handlungsrahmen

- 229 ▪ Handlungsbasis ist das Stadtentwicklungskonzept Wohnen.
- 230 ▪ Das kooperative Baulandmodell wird in seiner Anwendung – auf Grundlage des am
 231 02.02.2016 gefassten Ratsbeschlusses – vereinfacht mit dem Ziel, mehr preiswerten
 232 und öffentlich geförderten Wohnungsbau zu schaffen. Die Förderung der sozialen Infra-
 233 struktur wird nicht angetastet.
- 234 ▪ Das Wohnungsbauprogramm 2015 wird fortgeschrieben.
- 235 ▪ Ziel ist der Bau von mindestens 1000 Wohnungen im geförderten Wohnungsbau pro
 236 Jahr, darunter ein hoher Anteil barrierefreier, behinderten- und seniorengerechter Woh-
 237 nungen, und von insgesamt 5000 Wohnungen pro Jahr.
- 238 ▪ Städtische Wohnungsbaugrundstücke sollen verstärkt durch Direktvergabe und vor al-
 239 lem auf Konzeptbasis vermarktet werden. Mit der Konzeptvergabe sollen vor allem
 240 neue gemeinschaftliche und innovative Wohnformen, studentisches Wohnen, Bauge-
 241 meinschaften und Genossenschaften sowie preiswerter Wohnungsbau gefördert wer-
 242 den.
- 243 ▪ Die Geschäftspolitik der GAG AG ist so auszurichten, dass sie mehr Wohnraum für brei-
 244 te Teile der Bevölkerung schafft – insbesondere im öffentlich geförderten Wohnungs-

- 245 bau. Dabei ist die Investitionsplanung so zu gestalten, dass die Handlungsfähigkeit und
246 die Wirtschaftskraft der GAG nicht überfordert werden.
- 247 ▪ Zur Flächengewinnung für den Wohnungsbau steht die Innenentwicklung vor der Au-
248 ßenentwicklung. Es werden belastbare Kriterien für Potenzialflächen entwickelt. Um die
249 vorhandenen Potenziale der Innenentwicklung bewerten zu können, wird eine Aktualisi-
250 erung des Wohnungsbauprogramms 2015 erfolgen.
 - 251 ▪ Bei der Entwicklung wird auf eine urbane Stadtgestaltung mit vielfältigen Typologien
252 geachtet. Das Gleiche gilt für Gewerbeansiedlungen (GE). Hier soll die Verwaltung die
253 Verdichtungspotenziale in bestehenden GE-Gebieten (z. B. Flachbau) prüfen und Vor-
254 schläge für Nachverdichtungsgebiete vorlegen. Dabei soll geprüft werden, ob und wo
255 Gebietsausweisungen von GE in Mischgebieten erfolgen können.
 - 256 ▪ Es werden keine weiteren Flächen im Grünzug West zur Bebauung ausgewiesen, die
257 über die 4. Fortschreibung des Flächennutzungsplans Köln Nord/West hinausgehen.
 - 258 ▪ Es wird darauf verzichtet, auf ehemaligen Friedhofsflächen Bauflächen auszuweisen.
 - 259 ▪ Das Baulückenprogramm wird wieder aufgenommen.
 - 260 ▪ Moderate Nachverdichtungen in den Stadtvierteln sowie die Umwandlung von nicht
261 mehr vermarktbareren Büroobjekten in Wohnungsbau werden ebenso vorangetrieben wie
262 die Revitalisierung mindergenutzter Grundstücke und Industriebrachen.
 - 263 ▪ Neue Stadtquartiere mit hohem Wohnanteil sollen unter anderem im Deutzer Hafen, in
264 der Parkstadt Süd, auf dem Güterbahnhof Ehrenfeld und in Mülheim-Süd entstehen. In
265 der Regel sollen Mischgebiete geplant werden, damit sich urbane Stadtquartiere entwi-
266 ckeln.
 - 267 ▪ Durch eine städtebauliche Neuordnung soll das Zentrum von Porz rund um das leer
268 stehende Hertie-Kaufhaus wieder belebt und aufgewertet werden. Grundsätzliches Ziel
269 der Städtebauplanung ist, die gesamte Innenstadt wieder zu beleben und das Stadt-
270 entwicklungskonzept Porz-Mitte weiter zu verfolgen.
 - 271 ▪ Auch werden sozialverträgliche Arrondierungen von Stadtteilen, wie Zündorf-Süd und
272 Rondorf-Nord-West, mit der Errichtung der notwendigen Verkehrs- und sozialen Ver-
273 sorgungsstruktur (einschließlich Kita und Schule) geplant.
 - 274 ▪ Mithilfe der Anwendung von sozialen Erhaltungssatzungen und den Bestimmungen der
275 Wohnraumschutzsatzung wird der negativen sozialen Verdrängung in den Stadtteilen
276 entgegengewirkt. Das von der Verwaltung vorgelegte Konzept von sozialen Erhaltungs-
277 satzungen für das Severinsviertel und für Mülheim wird weiterverfolgt. Die Anwendung
278 soll regelmäßig kontrolliert und nach fünf Jahren – insbesondere unter Kosten-Nutzen-
279 Gesichtspunkten – evaluiert werden.

280 **Via Culturalis**

281 Im Rahmen der Oberflächengestaltung soll versucht werden, möglichst zeitgleich eine städte-
282 bauliche Aufwertung der mindergenutzten Bereiche entlang der Via Culturalis sowie der anlie-
283 genden Straßen zu initiieren. Dabei ist zu untersuchen, ob hier Mischverkehrsflächen mit kom-
284 plettem Entfall des oberirdischen Parkens entlang der Via Culturalis sowie auf dem Rathaus-
285 vorplatz/Bürgerstraße, auf dem Karl-Küpper-Platz und dem Quartermarkt umgesetzt werden
286 können. Die Parkplätze können in den angrenzenden Parkhäusern nachgewiesen werden.

287 **Archäologische Zone und Jüdisches Museum**

288 Auf Basis der erfolgten Ratsbeschlüsse wird das Projekt fortgeführt und vollendet.

289 **Masterplan Innenstadt**

290 Der Masterplan Innenstadt Köln ist ein Entwicklungskonzept für die städtebauliche Weiterent-
291 wicklung der Kölner Innenstadt. Seine Umsetzung wird weiter vorangetrieben.

292 Die Herleitung und Entwicklung der bisher definierten Lupenräume (Lenkungsgruppe Städte-
293 baulicher Masterplan) sollen eindeutig in der Systematik des Masterplans dargestellt werden.

294 Bisher wurden seitens der Verwaltung folgende Lupenräume klassifiziert: Komödienstraße bis
 295 Appellhofplatz (Umfeld WDR), Ehrenstraße und Via Culturalis – im Rahmen des Förderprojekts
 296 nationale Stadtentwicklungsprojekte. Weitere Lupenräume sollen mittelfristig folgen. Die Lupen-
 297 räume sollen dem Masterplan eine neue räumliche Ebene hinzufügen. Die bisherige Evaluie-
 298 rung soll weitergeführt und ergänzt werden. Für eine breite Akzeptanz müssen einerseits Betei-
 299 ligungsmöglichkeiten entwickelt und andererseits nachvollziehbare Prioritäten gesetzt werden.

300 In den nächsten Jahren steht die Umgestaltung und Aufwertung der Innenstadtplätze im Vor-
 301 dergrund, etwa die ebenerdige Gestaltung des Ebertplatzes inklusive des Theodor-Heuss-
 302 Rings sowie die Neugestaltung des Hansarings und die Aufwertung des Rudolfplatzes. Bei der
 303 Umgestaltung des Hansarings im Zusammenhang mit der Aufwertung des Ebertplatzes (Refe-
 304 renzprojekt Masterplan Innenstadt) wird das oberirdische Parken entsprechend den Leitlinien
 305 Kölner Ringstraßen ausschließlich in den umliegenden Randbereichen oder Parkhäusern zuge-
 306 lassen.

307 **Qualitätsoffensive für den öffentlichen Raum**

308 Es bedarf großer Anstrengungen, um die öffentlichen Räume in Köln aufzuwerten und ihre
 309 Aufenthaltsqualität für die Bürgerinnen und Bürger deutlich zu steigern. Das gilt vor allem für
 310 die Plätze im Zentrum und in den Stadtbezirken (Gestaltungshandbuch). Die Leitlinien Kölner
 311 Ringstraßen werden umgesetzt. Auch sind eine konsequente Entrümpelung und mehr Sauber-
 312 keit notwendig. Die Ufer auf beiden Seiten des Rheins sollen für die Bevölkerung als Freizeit-
 313 und Flaniererräume mit hoher Aufenthaltsqualität zurückgewonnen werden. Das gilt insbesonde-
 314 re für das linke Rheinufer zwischen Zoobrücke und Rheingarten.

315 Um Dienstleistungen wie die Grünpflege und die Sauberkeit im öffentlichen Raum effizienter
 316 durchführen zu können, sollen die Organisationsstrukturen für die Zuständigkeiten im öffentli-
 317 chen Raum gebündelt und optimiert werden.

318 **Planungskultur**

319 Die Planungskultur wird durch frühzeitige Bürgerbeteiligungen, transparente Verfahren bei
 320 Wettbewerben, durch Sozialraumorientierung bei Planungsprozessen sowie durch Unterstüt-
 321 zung öffentlicher Diskurse und bürgerschaftlichen Engagements, etwa bei der Aufwertung von
 322 Stadtteilen, gefördert. Für Qualifizierungs- und Beteiligungsverfahren soll ein Kriterienkatalog
 323 erstellt werden. Bauleitpläne, Planungsprozesse und städtebauliche Verfahren sollen via Inter-
 324 net kontinuierlich öffentlich nachvollziehbar sein.

325 **Weiterentwicklung von teilräumlichen Konzepten**

326 Es wird prioritär ein Stadtteilkonzept für Blumenberg beauftragt. Dazu gehört die Betrachtung
 327 der öffentlichen Verkehrs- und Freiflächen ebenso wie die raumkantenbildende Gestaltung der
 328 Hauptachsen. Zu prüfen ist, ob neue Formen der Grünnutzung, wie etwa Mietergärten, sinnvoll
 329 sind.

330 **Attraktivierung der Großsiedlungen und Sozialräume**

331 Die Aufwertung und Attraktivierung der Großsiedlungen in Bocklemünd-Mengenich, Finken-
 332 berg, Chorweiler und Meschenich setzen CDU und GRÜNE fort. Deshalb wird die vorbereiten-
 333 de Sanierungsuntersuchung für Meschenich zügig in die Wege geleitet. Das 2010 beschlosse-
 334 ne städtebauliche Sanierungskonzept für Chorweiler mit dem Ziel der Aufwertung des gesam-
 335 ten Stadtteils soll gemeinsam mit den lokalen Akteuren und den Bürgerinnen und Bürgern er-
 336 arbeitet und umgesetzt werden.

337 Die Umsetzung des integrierten Handlungskonzeptes „Starke Veedel – starkes Köln“ wird fort-
 338 geführt.

339 **Stellplatznachweispflicht**

340 Im Rahmen der Änderung der Landesbauordnung wird geprüft, ob die rechtlichen Vorgaben für
 341 Pkw-Stellplätze flexibler auf die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner sowie der Nut-
 342 zerinnen und Nutzer angepasst werden können, mit dem Ziel die Stellplätze zu reduzieren.
 343 Hierbei soll dem geänderten Mobilitätsverhalten Rechnung getragen werden.

344 **Fläche für Open-Air-Veranstaltungen**

345 Köln braucht ein geeignetes Areal, auf dem Open-Air- und Zirkus-Veranstaltungen stattfinden
346 können. Hierzu müssen zeitnah geeignete Flächen identifiziert werden. Bewertungskriterien
347 müssen Beschaffenheit, Fassungsvermögen, Eigentumsverhältnisse, Verkehrsanbindung,
348 Umweltauswirkungen und Lärmemission sein.

349

350 **III. Wirtschaft**

351 Kölns Stärke ist eine Wirtschaftsstruktur mit einem breit gefächerten Branchenmix. Infolge des
 352 Strukturwandels der letzten Jahrzehnte hat sich Köln zu einem Wirtschaftsstandort entwickelt,
 353 der geprägt wird von modernen Dienstleistungen, Finanzdienstleistern, Versicherungen, Ein-
 354 zelhandel, Medien- und Kulturwirtschaft, Kommunikationstechnologien, Groß- und Außenhan-
 355 del, Hotels, Messen, Kongressen und dem Städtetourismus. Diesen Branchenmix wollen CDU
 356 und GRÜNE weiter fördern.

357 **Zielsetzungen der gemeinsamen kommunalen Wirtschaftspolitik**

- 358 ▪ Sicherung der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Köln durch eine verlässliche Steuer-
 359 und Gebührenpolitik und eine stabile Gewerbesteuer
- 360 ▪ verstärktes Standortmarketing; Optimierung des Unternehmensservices nach dem Prin-
 361 zip „One-face-to-the-customer“ sowie Verschlinkung der Verwaltungsprozesse („Büro-
 362 kratietotse“) für Firmenansiedlungen, junge Gründer und Start-ups; Verkürzung der Ver-
 363 fahrensdauer bei Genehmigungsverfahren
- 364 ▪ Etablierung eines „Haus der Wirtschaft“ zur Bündelung aller Aktivitäten der kommunalen
 365 Wirtschaftsförderung unter Einbeziehung von IHK und Handwerk
- 366 ▪ Bereitstellung neuer geeigneter Gewerbeflächen auf Basis der Fortschreibung des Ge-
 367 werbeflächenbereitstellungskonzepts und unter Berücksichtigung des Verbrauchs von
 368 Gewerbeflächen für andere Nutzungszwecke
- 369 ▪ kritische Bilanzierung des Markenprozesses mit dem Ziel einer optimierten Fortführung
- 370 ▪ bessere Verkehrskonzepte und in zentralen Einkaufslagen Verzicht auf Parkflächen im
 371 öffentlichen Straßenraum

372 **Förderung des industriellen Wandels, der Forschung und der Hochschulen**

373 Ein immer größerer Teil der industriellen Wertschöpfung basiert auf Forschung, Entwicklung
 374 und Kommunikationstechnologie. Die Innovationszyklen verkürzen sich rapide. Der Schlüssel
 375 für den wirtschaftlichen Erfolg der hiesigen Industrie liegt in der Ressourceneffizienz. Diese
 376 Innovationsstrategie soll den Bedarf an Rohstoffimporten senken und durch Kostensenkung bei
 377 Material statt bei Löhnen die Wettbewerbsfähigkeit sichern. Weniger Energie-, Rohstoff- und
 378 Materialverbrauch und weniger Rückstände bedeuten weniger Kosten und mehr betriebswirt-
 379 schaftliche Vorteile. Ein hohes Qualifikationsniveau bei den Beschäftigten und eine enge Ver-
 380 bindung zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind daher wesentliche Voraussetzung
 381 für die Weiterentwicklung des Kölner Industriestandorts. Köln bietet dafür mit seiner großen
 382 Vielfalt an Hochschulen und zahlreichen Forschungseinrichtungen gute Bedingungen.

383 CDU und GRÜNE werden folgende Vorhaben vorantreiben:

- 384 ▪ Die Vernetzung von Wissenschaft, Forschung, Industrie und Mittelstand soll stärker ge-
 385 fördert werden. Dazu soll ein Netzwerk aus Stadt, Hochschulen und Industrie gegründet
 386 werden, das sich handlungsorientiert mit Wissenschaftstransfer, Standortsicherung und
 387 Ansiedlung von urbanen Wissensquartieren sowie einem offensiven Marketing befasst.
 388 Den Ausbau und die Ansiedlung von Hochschul- und Forschungseinrichtungen wollen
 389 CDU und GRÜNE weiter forcieren.
- 390 ▪ Die Potenziale Kölns für wissensbasierte industrielle Produktion und seine Stärken als
 391 Wirtschaftsstandort sollen bei der außenwirtschaftlichen Standortwerbung und im
 392 Markenprozess eine wichtige Rolle einnehmen.
- 393 ▪ Umweltverträglichere und ressourceneffiziente Produktionsprozesse können als „urbane
 394 Industrien“ in gemischte Stadträume integriert werden. Die Nachfrage von urbanen
 395 Standortqualitäten steigt vor allem bei wissensintensiven Unternehmen. Dies erfordert
 396 eine veränderte städtische Grundstücksbereitstellung und Flächenplanung. Daher hat
 397 die Entwicklung von Gewerbe- und Industriebrachen, mindergenutzten Grundstücken
 398 und Baulücken beim strategischen Flächenmanagement Priorität.

399 ▪ Der Industriepark Nord in Köln-Niehl soll als Ansiedlungsfläche für Industrie gefördert
400 werden.

401 ▪ CDU und GRÜNE wollen den städtischen „BioCampus Cologne“ umwidmen, sodass die
402 Ansiedlung aller wissensbasierten Industriebranchen möglich ist. Dies soll im Zuge ei-
403 ner Gewerbeflächenvermarktung sowie einer Entwicklung von Ansiedlungsangeboten
404 für Ausgründungen und Start-ups geschehen.

405 **Kleine und mittelständische Unternehmen sowie Handwerk**

406 Ein Schwerpunkt des Handelns liegt weiterhin auf der Förderung der kleinen und mittelständi-
407 schen Unternehmen (KMU) sowie des Handwerks (hohe Standortbindung, Schaffung von Aus-
408 bildungsplätzen). Die von Handwerkskammer und Stadtverwaltung am 25.09.2015 vereinbarte
409 Mittelstandsinitiative bildet einen Orientierungsrahmen für die politischen Initiativen von CDU
410 und GRÜNEN.

411 Das Sonderstandortprogramm zur Bereitstellung städtischer Gewerbegrundstücke für KMU
412 wollen CDU und GRÜNE fortsetzen und optimieren.

413 Die kommunalen Beratungs- und Serviceprogramme zur Förderung von Existenzgründungen
414 wollen CDU und GRÜNE in Kooperation mit den Kammern stärker bündeln.

415 Es soll eine webbasierte Plattform und Anlaufstelle für befristete Zwischennutzungen von in der
416 Regel nicht mehr marktgängigen Gewerbe- und Bürobauten sowie Brachflächen für Freiberuf-
417 ler, Gründer, Kleinbetriebe aus der Kultur- und Kreativwirtschaft, Co-Working-Space-Projekte,
418 aber auch für nichtgewerbliche Projekte, wie zum Beispiel Urban Gardening, geschaffen wer-
419 den.

420 **Einzelhandel**

421 CDU und GRÜNE werden folgende Vorhaben vorantreiben:

- 422 ▪ Erhaltung fußläufiger und wohnortnaher Versorgung in den Vierteln
- 423 ▪ Etablierung von Einzelhandel, der von Beschäftigungsgesellschaften oder Genossen-
424 schaften getragen wird, in Stadtteilen, die unterversorgt sind
- 425 ▪ Etablierung weiterer Wochenmärkte und neuer Marktkonzepte, wie etwa Street Food
- 426 ▪ Umsetzung und Weiterentwicklung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts
- 427 ▪ Anwendung des Instruments der Immobilienstandort-Gemeinschaften (ISG)

428 Wichtige Kriterien für die Ansiedlung von Einzelhandel sind: keine Ausweisung von Sonderge-
429 bieten für den Einzelhandel, Einzelhandel nur in integrierten Lagen, Anwendung des planungs-
430 rechtlichen Instrumentariums zur Vermeidung von großflächigem Einzelhandel.

431 Der bestehende Konsens zu Sonntagsöffnungen wird unter Maßgabe des Bundesverwaltungs-
432 gerichtsurteils vom 11.11.2015 (BVerwG 8 CN 2.14) fortgeführt. Dazu erfolgt eine Reaktivie-
433 rung der Konsensrunde unter einer ausgewogenen Beteiligung der City, der Stadtbezirke sowie
434 relevanter gesellschaftlicher Akteure, darunter Kirchen und Gewerkschaften.

435 **Tourismus**

436 Die KölnTourismus GmbH ist die Marketinginstitution für den Tourismus- und Kongressstandort
437 Köln. Das Ziel muss darin bestehen, alle wesentlichen touristischen Angebote Kölns optimaler
438 zu vermarkten. Dies soll durch eine bessere und aufeinander abgestimmte Vernetzung und
439 Bündelung der Marketing- und Öffentlichkeitsarbeit der Kulturinstitutionen, der KölnMesse, des
440 Flughafen Köln/Bonn und von KölnTourismus erreicht werden. Dazu sind auch die organisato-
441 rischen Rahmenbedingungen für das touristische Marketing zu überprüfen. Es soll ein effizien-
442 tes Standortmarketing aufgebaut werden, das europäische und internationale Strahlkraft entfaltet.
443 Hierzu gehören unter anderem ein weltweites Marktmanagement, verstärkte internationale
444 Marketingaktivitäten und ein zentraler Kundenservice (Call- und Info-Center, Online-Booking,
445 Social-Media-Aktivitäten und Apps). Davon profitiert auch das Messe- und Kongressgeschäft,
446 das in den nächsten Jahren weiter ausgebaut werden soll. Die touristische Vermarktung der
447 Kulturstadt Köln soll in enger Kooperation von KölnTourismus mit den städtischen und nicht-

448 städtischen Kulturanbietern deutlich stärker profiliert werden. Unter anderem sollen auch Öff-
 449 nungszeiten der städtischen Museen unter touristischen Gesichtspunkten optimiert werden.

450 **Kongress- und Messestandort stärken**

451 Die Angebote der KölnKongress GmbH sind weiter zu profilieren. KölnKongress wird weiterhin
 452 als städtische Mehrheitsbeteiligung geführt.

453 Köln ist eine der international führenden Messe- und Kongressstandorte. Diese Positionierung
 454 der KölnMesse GmbH werden CDU und GRÜNE weiter stärken. Daher werden sie vor allem
 455 die Stärkung im internationalen Markt sowie den Ausbau der Servicebereiche, die Modernisie-
 456 rung und Digitalisierung am Messestandort Köln unterstützen.

457 Mit dem Masterplan Koelnmesse 3.0 investiert die Messe in ihre Zukunft und somit gleicher-
 458 maßen in die Wirtschaftskraft und Arbeitsplatzsicherung Kölns. Auf Basis einer eigenwirtschaft-
 459 lichen Investitionsfinanzierung unterstützen CDU und GRÜNE die umfangreichen Maßnahmen
 460 dieses Masterplans, wie die Sanierung und Modernisierung der Südhallen, die Optimierung der
 461 Verkehrswege, den Bau des Parkhauses an der Zoobrücke, den Bau der Confex-Halle, den
 462 Bau eines Boulevards und die Aufwertung des Außengeländes. Die Confex-Halle mit der Halle
 463 1plus dient als Erweiterungsinfrastruktur, um ein zukunftsfähiges Angebot messenaher Dienst-
 464 leistungen, von Tagungen und Kongressen – insbesondere auch in Verbindung mit Messen –,
 465 stärken und ausbauen zu können. Eine Ausweitung der Messeaktivitäten in den Bereich des
 466 Entertainment-Sektors wird damit nicht verfolgt. Die dafür notwendigen Investitionen von etwa
 467 600 Mio. Euro werden im Rahmen der Ergebnis- und Investitionsplanung der Messe erwirt-
 468 schaftet.

469 **Wirtschaftsverkehr und Logistik**

470 CDU und GRÜNE werden folgende Vorhaben vorantreiben:

- 471 ▪ Aufgrund der Flächenknappheit im Stadtgebiet sind der Erweiterung von Logistikinf-
 472 rastruktur und der weiteren Ansiedlung von Logistikunternehmen enge Grenzen ge-
 473 setzt. Regionale Perspektiven bieten neue Entwicklungschancen. Es soll ein Regio-
 474 nales Logistikkonzept erarbeitet werden.
- 475 ▪ Die weitere regionale Ausrichtung der HGK AG soll gestärkt und sie soll zu einer
 476 Logistik-Holding mit den operativen Beteiligungen RheinCargo, HTAG und der 2015
 477 neu erworbenen Neska Schifffahrts- und Speditionskontor GmbH weiterentwickelt
 478 werden. Mit dem Erwerb der Neska durch die HGK sollen folgende Ziele verfolgt
 479 werden: Ausweitung des Transport- und Umschlaggeschäfts im Container- und
 480 Massengutbereich, Kooperation und Synergien mit den Leistungen der RheinCargo
 481 und der HTAG, Verlagerung des Transports auf Eisenbahn und Binnenschiff.
- 482 ▪ Regionale Planungen zum Ausbau von Schienengüterverkehr und Hafeninfrastruk-
 483 tur, wie zum Beispiel die Hafenplanungen in Düsseldorf-Reisholz und Lülldorf, wer-
 484 den unterstützt. Eine weitere Rheinquerung im Kölner Süden wird im Hinblick auf
 485 die wachsende Region entsprechend der beauftragten Machbarkeitsstudie weiter-
 486 verfolgt.
- 487 ▪ Das Entwicklungspotenzial des Niehler Hafens für den Containerumschlag soll aus-
 488 geschöpft werden. Auf die Weiterführung der Planung zum Ausbau des Godorfer
 489 Hafens wird verzichtet, da dies ökonomisch eine Fehlinvestition öffentlicher Mittel
 490 wäre und zudem das Naturschutzgebiet Sürther Aue unwiederbringlich zerstören
 491 würde.
- 492 ▪ Die Infrastruktur für den kombinierten Ladeverkehr (KLV) zur Verlagerung von Gü-
 493 terverkehr von der Straße auf Eisenbahn und Schiff soll ausgebaut werden. Das be-
 494 trifft das Güterverkehrszentrums Eifeltor und das KLV-Terminal im Industriepark
 495 Nord sowie die Planung eines weiteren KLV-Terminals im rechtsrheinischen Stadt-
 496 gebiet.
- 497 ▪ Citylogistikkonzepte zur Verringerung des städtischen Güterverkehrs in Kooperation
 498 mit der IHK, dem Handwerk und der Logistikwirtschaft werden gefördert. Der Lkw-

- 499 Transitverkehr wird durch die Umsetzung und Weiterentwicklung des kommunalen
500 Lkw-Führungskonzepts unterbunden.
- 501 ▪ Für die breite Akzeptanz des regionalwirtschaftlich bedeutsamen Flughafens
502 Köln/Bonn wird ein tragfähiger Interessensausgleich zwischen der Entwicklung des
503 Flughafens einerseits und den Gesundheits- und Umweltbedürfnissen der Bevölke-
504 rung andererseits unterstützt, zum Beispiel durch den Einsatz lärmarmer Flugzeuge
505 vor allem in der Nacht, durch die Einhaltung der Flugrouten, durch differenzierte
506 Landegebühren mit dem Ziel der Lärmreduzierung. CDU und GRÜNE unterstützen
507 außerdem eine wirksame Lärminderungsplanung beim Luftverkehr und die Prü-
508 fung von Lärmobergrenzen in der Zeit von 22 bis 6 Uhr in Form von Lärm- und Be-
509 wegungskontingentierungen. CDU und GRÜNE sind sich bewusst, dass sie bei der
510 Umsetzung der vom Landtag NRW am 24.08.2007 beschlossenen Einführung einer
511 nächtlichen Kernruhezeit zwischen 0 und 5 Uhr sowie in Hinsicht auf ein Nachtflug-
512 verbot für den Frachtbereich im Rahmen einer EU-weiten Regelung unterschiedli-
513 che Positionen vertreten, über die sie aber – soweit der Rat dazu Entscheidungen
514 zu treffen hat – im Dialog bleiben. Dies betrifft auch zukünftige Ausbauplanungen für
515 den Flughafen Köln/Bonn.
 - 516 ▪ Alternativstandorte für einen Frischemarkt in der Region werden bei gleichzeitiger
517 Fortsetzung der Planung für den Bau eines Frischemarkts im Gewerbegebiet Mars-
518 dorf geprüft. Der Großmarkt in Raderthal wird zugunsten der Realisierung der
519 „Parkstadt Süd“ geschlossen. Die bauliche und betriebliche Planung des Frische-
520 markts soll unter enger Einbeziehung der Marktakteure erfolgen. Es soll ein Betrei-
521 berkonzept entwickelt werden, das keine unververtretbaren Belastungen für den städti-
522 schen Haushalt zur Folge haben darf und den städtischen Einfluss auf die künftige
523 Entwicklung gewährleistet.

524 **Medien- und Kreativwirtschaft**

525 CDU und GRÜNE werden folgende Vorhaben vorantreiben:

- 526 ▪ Förderung von Co-Working-Space-Arbeitsplätzen, zum Beispiel durch das Angebot von
527 Zwischennutzungen
- 528 ▪ Schaffung „kreativer Räume“ im Rahmen der Stadtplanungsprozesse für neue Quartiere
529 und bei der Revitalisierung von Industriebrachen zwecks Ansiedlung von Selbstständigen
530 und Firmen aus der Kreativbranche
- 531 ▪ Etablierung eines Musicaltheaters sowie eines Eventbereichs im „Staatenhaus“ auf Ba-
532 sis der Ratsbeschlüsse von 2012 und 2014; der Eventbereich soll auch Angebote für
533 Veranstaltungsformate der Kreativwirtschaft bereithalten
- 534 ▪ Bereitstellung und Entwicklung einer Open-Air-Eventfläche im Kölner Stadtraum
- 535 ▪ Etablierung eines Innovationshauses unter städtischer Regie, das für die kreative Sze-
536 ne, so auch für Absolventen der Medienhochschule, bezahlbare Arbeits- und Veranstal-
537 tungsräume anbietet
- 538 ▪ Kooperationsmodelle mit der Kölner Medienbranche zur Gründung und Förderung von
539 Start-ups – insbesondere auch im Bereich der Digitalen Wirtschaft durch das Nutzen
540 von Förderprogrammen des Bundes und des Landes
- 541 ▪ weitere Förderung der „Cologne Conference“ als einer der wichtigsten Film- und Fern-
542 sehfestivals sowie Unterstützung der Weiterentwicklung dieser Veranstaltung, zum Bei-
543 spiel in den Bereichen Webvideo, Cross-over-Formate und durch eine neues Medien-
544 kongress-Format im Rahmen der Cologne Conference
- 545 ▪ Unterstützung der ArtCologne und der ArtFair sowie Förderung der zukunftsfähigen
546 Weiterentwicklung bestehender Kunstmessen in Kooperation mit der KölnMesse.

547

548 **IV. Mobilität und Verkehrsinfrastruktur**

549 Sanierung und Ausbau einer umweltgerechten Verkehrsinfrastruktur und die Schaffung zu-
550 kunftsfähiger Mobilitätsangebote gehören zu den Hauptaufgaben für ein wachsendes Köln im
551 Zusammenspiel mit der Region.

552 Das Mobilitätsverhalten in den Großstädten hat sich grundlegend geändert. Dies und der prog-
553 nostizierte Bevölkerungszuwachs für Köln bedürfen einer entsprechend angepassten Ver-
554 kehrsplanung. Ziel von CDU und GRÜNEN ist eine menschengerechte und umwelt- wie klima-
555 verträgliche Mobilität.

556 Das städtische Konzept „Köln mobil 2025“ ist dafür Ausgangspunkt und Grundlage. Es sieht
557 vor, dass der Anteil des Umweltverbundes aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr bis 2025 zwei
558 Drittel des gesamten Verkehrsaufkommens erreicht. Dazu soll zeitnah ein Stadtentwicklungs-
559 konzept Mobilität unter Beteiligung aller Akteure, das heißt der Bürgerschaft, der Politik, der
560 Wirtschaft, der Fachverbände und der Fachverwaltung, erarbeitet werden. Dabei ist eine bes-
561 sere Verknüpfung aller Verkehrsträger notwendig. Zugleich muss das Mobilitätsangebot für alle
562 kostengünstig und verlässlich sein.

563 Der städtische Straßenraum muss so intelligent aufgeteilt werden, dass deutlich mehr und
564 sicherer Radverkehr realisiert werden kann und das Zufußgehen erleichtert wird. Hierzu sollen
565 ein durchgängiges Radverkehrsnetz, breite Bürgersteige sowie breite Aufstellflächen vor
566 Ampelanlagen realisiert werden und es sollen verstärkt Multifunktionsflächen ausgewiesen
567 werden. Darüber hinaus sollen geeignete Fahrradabstellanlagen – auch für Lastenfahrräder –
568 dafür sorgen, dass die Bürgersteige bzw. öffentlichen Flächen frei von parkenden Fahrzeugen
569 bleiben. Dazu gehört auch die Prüfung, an welchen bestehenden S-Bahnhöfen und wichtigen
570 Regionalbahnhöfen, zum Beispiel Bahnhof Süd, Bahnhof Ehrenfeld und Bahnhof West, eine
571 Radstation wirtschaftlich betrieben werden kann.

572 Die bereits vorliegenden Radverkehrskonzepte werden zügig umgesetzt. Für alle Stadtbezirke
573 mit hohem Fahrradaufkommen werden zeitnah Radverkehrskonzepte aufgestellt und
574 umgesetzt.

575 Integrierte, internetbasierte Verkehrsleitsysteme sowie ein modernisiertes Ampelsystem (Licht-
576 signalanlagen) fördern den individuellen Mobilitätsmix und den Verkehrsfluss. Der Verkehrs-
577 fluss für den motorisierten Individualverkehr (MIV) soll auf den Hauptverkehrsachsen optimiert
578 werden, während er in den Wohngebieten reduziert werden soll, weshalb das Vorbehaltsnetz
579 überprüft werden muss.

580 Carsharing- und Leihradangebote werden stadtweit ausgebaut und die dafür notwendige
581 Infrastruktur bereitgestellt.

582 Zur Aufwertung des öffentlichen Raums sowie zur Belebung der Geschäftszentren in der
583 zentralen Innenstadtlage wird Parken nur noch in den bestehenden Parkhäusern ausgewiesen.
584 In den stadtnahen Bezirken soll geprüft werden, ob das oberirdische Parken in
585 Quartiersgaragen verlagert werden kann.

586 Mit Ausnahme des Stadtbezirks Innenstadt/Deutz sollen die Stadtbezirke die Möglichkeit ha-
587 ben, im Rahmen der Parkraumbewirtschaftung sogenannte „Brötchentasten“ (kostenloses
588 Kurzzeitparken) einzuführen. Dies soll von den jeweiligen Bezirksvertretungen beschlossen
589 werden.

590 Für die Sanierung von Brücken, Tunneln, Straßen und für den ÖPNV-Ausbau ist die finanzielle
591 Unterstützung durch Investitionsförderprogramme des Bundes und des Landes unerlässlich.
592 Auch die Deutsche Bahn steht in der besonderen Verantwortung, ihre Bahnhöfe barrierefrei zu
593 sanieren, den S-Bahn-Ring und den Bahnknoten Köln zukunftsfähig auszubauen. Folgende
594 Projekte sind dabei dringlich: vorrangige Sanierung der Bahnhöfe Chorweiler, Longerich, Nip-
595 pes und Worringen, die Querung der S-Bahn über den Rhein über die Westspange und Süd-
596 brücke, der Anschluss Deutzer Hafen, der S-Bahn-Anschluss Bocklemünd sowie die Taktver-
597 dichtung der S-Bahn über Kalk bis nach Bergisch-Gladbach sowie eine S-Bahnroute Richtung
598 Bonn mit Halt an der Aachener Straße und am Klettenberggürtel.

599 Die verschiedenen Zuständigkeiten der ÖPNV-Träger – Stadtbahn, S-Bahn DB-Regio und DB
600 Fernverkehr – und deren diverse Ansprechpartner bei der Stadtverwaltung führen oft zu Ab-
601 stimmungsproblemen. Eine Koordinierungsstelle soll daher sämtliche Abstimmungen mit den
602 ÖPNV-Trägern zentral steuern.

603 Eine moderne KVB soll zukünftig anstelle der Betrauung im Wege einer Direktvergabe auf Ba-
604 sis von Zielvereinbarungen den ÖPNV als Mobilitätsdienstleister betreiben und ausbauen. Die
605 Ausweitung des ÖPNV-Leistungsangebots bis 2025 beinhaltet die Verlängerung der Linie 7
606 nach Zündorf Süd (2018), die Ost-West-Achse (2023) mit dem Kapazitätsausbau bis zum Gür-
607 tel sowie eine stadtverträgliche Lösung zwischen Heumarkt und Rudolfplatz, die Gürtelverlän-
608 gerung der Linie 13 (linksrheinisch) nach Bayenthal (2024) unter Erhalt des Wochenmarkts am
609 Klettenberggürtel, ferner die Stadtbahnanbindungen Neubrück, Stammheim/Flittard, Ron-
610 dorf/Meschenich-Nord und Widdersdorf. Die Anmeldung an das Land zur Finanzierungsbeteili-
611 gung wird aktiv unterstützt und vorangetrieben.

612 Schnellbus-Linien in Neubaugebiete sowie eine Anbindung aller Stadtteile durch das Busnetz
613 und eine Ausweitung der Abend- und Nachtverkehre auf der Schiene und mit dem Bus sollen
614 das ÖPNV-Angebot stärken; dazu gehört der barrierefrei Ausbau aller Haltestellen. Eine Was-
615 serbuslinie auf dem Rhein soll das ÖPNV-Angebot sinnvoll stärken und ergänzen.

616 Die VRS-Tarifstrukturreform soll weiterentwickelt werden, um zum Beispiel in den Grenzgebie-
617 ten grenzüberschreitend ein Kurzstreckengebiet ausweisen zu können. Das erfolgreiche Job-
618 und Semesterticket-System wird auf weitere Nutzer, zum Beispiel im Non-Profit-Bereich auf
619 Sportvereine, Kirchengemeinden und Ehrenamt, ausgeweitet.

620 Park&Ride-Anlagen an der Stadtgrenze werden ausgebaut, um die Pendlerströme bereits dort
621 auf den ÖPNV umzuleiten. Eine Mobilkarte soll den Zugang zu allen Angeboten im Umweltver-
622 bund – auch zu den Car- und Bike-Sharing-Systemen – erleichtern.

623 Zur Reduzierung der Umwelt- und Anwohnerbelastungen durch hohes Verkehrsaufkommen
624 sollen auch zusätzliche Straßen gebaut werden, um Durchgangsverkehre durch Ortsteile zu
625 vermeiden – so im Porzer Süden sowie die Ortsumgehung Meschenich (B 51 n). Für beson-
626 ders belastete Straßen wie die Bergisch Gladbacher Straße, die Siegburger Straße und für den
627 der Bereich Messe werden zeitnah Lösungsansätze gesucht. Zur Verbesserung des Verkehrs-
628 flusses und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit wird der Knoten Militärring/Luxemburger
629 Straße umgebaut.

630 Eine weitere südliche Rheinquerung wird im Hinblick auf die wachsende Region entsprechend
631 der beauftragten Machbarkeitsstudie weiterverfolgt.

632 Die Niehler-Gürtel-Planung wird mit dem ausschließlichen Ziel einer attraktiven Fußweg- und
633 Fahrradverbindung zwischen Geldernstraße und Mülheim fortgeführt.

634 Das Lkw-Führungskonzept zur Vermeidung von Güter- und Schwerverkehren durch Wohnge-
635 biete sowie die konsequente Umsetzung des Durchfahrtsverbots für Lkw-Transitverkehre – auch
636 im Hinblick auf die Inhalte des Luftreinhalteplanes – wird vorangetrieben.

637

638 **V. Umwelt**

639 **Klimaschutz und Energie**

640 CDU und GRÜNE betreiben die Ausrichtung der RheinEnergie AG als Energiedienstleister und
 641 wichtiger kommunaler Akteur für den Klimaschutz: Zukünftige Investitionen zur Stromerzeu-
 642 gung erfolgen grundsätzlich nur noch in Anlagen für erneuerbare Energien und in den Ausbau
 643 des Fernwärmenetzes zur besseren Ausnutzung der bestehenden Kraft-Wärme-Kopplungs-
 644 Anlagen. Der Bau von Fotovoltaik-Anlagen wird beworben.

645 Zur Nutzung der Windenergie soll der Ratsbeschluss zur Revision der derzeitigen Konzentrati-
 646 onszone so umgesetzt werden, dass eine neue Konzentrationszone auch für Investoren geeig-
 647 net ist.

648 Die zentrale Koordinierung und Steuerung der Klimaschutzaktivitäten für alle Verbraucher-
 649 gruppen, insbesondere für Privathaushalte und kleine Unternehmen, soll durch ein Zentrum für
 650 Energieeffizienz nach Bonner Modell erfolgen. Gründung und Aufbau einer solchen Beratungs-
 651 stelle soll in enger Kooperation mit erfahrenen Akteuren, wie der Energieagentur NRW, der
 652 Verbraucherzentrale, der Handwerkskammer und der RheinEnergie, unter städtischer Führung
 653 erfolgen.

654 Für die Altbauanierung wird ein städtisches Förderkonzept unter Einbeziehung von Fördermit-
 655 teln und -programmen des Landes und des Bundes geschaffen. Die anderen Bausteine des
 656 Klimaschutzkonzepts sollen zügig in der Reihenfolge des besten Kosten-Nutzen-Verhältnisses
 657 umgesetzt werden. Unter Berücksichtigung der Novellierung der Landesbauordnung NRW wird
 658 die Verwendung von ökologischen Baustoffen beworben.

659 CDU und GRÜNE unterstützen regionale Klimaschutzprojekte, zum Beispiel durch den Aufbau
 660 eines Kölner Klimaschutzfonds aus kommunalen Abgaben, Gewinnabführung und Konzessi-
 661 onsabgaben sowie unter finanzieller Beteiligung Dritter („Bürgeraktien“, Sponsoring). Energieef-
 662 fizienzprojekte wie Ökoprofit und Smart City Cologne sollen fortgesetzt und wirksamer be-
 663 kanntgemacht werden.

664 **Klimafolgen abschätzen und verringern**

665 Die Ergebnisse der Studie „Klimawandelgerechte Metropole Köln“ (LANUV 2013) sind bei den
 666 Klimaschutzaktivitäten der Stadt Köln und bei allen klimarelevanten Entscheidungen, zum Bei-
 667 spiel beim Aufstellen und Ändern von Bauleitplänen und bei der Landschafts- und Verkehrspla-
 668 nung, zu berücksichtigen. Die in der Studie enthaltenen Maßnahmenvorschläge sind nach Kos-
 669 ten-Nutzen-Kriterien bis Mitte 2016 zu priorisieren und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.
 670 CDU und GRÜNE fördern den Erhalt lebenswerter Veedel durch wohnortnahes Grün inklusive
 671 Schmuckbeeten und Brunnen, begrünten Plätzen und einer Verdichtung mit Augenmaß zur
 672 Vermeidung von „Wärmeinseln“ im Sommer.

673 **Luftreinhaltung und Lärmschutz**

674 CDU und GRÜNE setzen sich gegenüber der Oberbürgermeisterin dafür ein, dass für ein Maß-
 675 nahmenprogramm „Lärmschutz und Luftreinhaltung“ sowie für den Umsetzungsprozess eine
 676 ressortübergreifende Arbeitsstruktur in der Verwaltung geschaffen wird.

677 Die Einhaltung der Einfahrverbote in die Umweltzone ist durch die Verwaltung wirksamer als
 678 bisher zu kontrollieren, Verstöße sind konsequent zu ahnden.

679 CDU und GRÜNE unterstützen die Förderung der Elektromobilität durch den Ausbau der Köl-
 680 ner Infrastruktur, insbesondere auch durch die Bereitstellung von Ladesäulen auf öffentlichem
 681 Grund. Im Zuge neuer Quartiersentwicklungen ist E-Mobilität von Beginn an in die Planungen
 682 einzubeziehen. So sollen bereits in den Bebauungsplänen Flächen für öffentliche Ladestatio-
 683 nen ausgewiesen werden. Die öffentlichen Ladepunkte sind mit Ökostrom aus 100 % erneuer-
 684 baren Energien zu beliefern.

685 Die Abgase der Rheinschiffe belasten die Luft mit Schadstoffen und Feinstaub und das Klima
 686 mit einer nennenswerten Menge an CO₂. Ein Gutteil davon entsteht während die Schiffe vor
 687 Anker liegen, denn ihre Motoren müssen auch dann laufen, um den nötigen Strom zu erzeu-

688 gen. CDU und GRÜNE wollen hier auf Basis des RheinEnergie-Konzepts mit „Landstrom“ für
689 Abhilfe sorgen.

690 Bei der Planung der KVB-Abstellanlage Weidenpesch ist darauf zu achten, dass beim zukünftigen
691 Betrieb kein zusätzlicher Lärm während der Nacht entsteht.

692 Bei der städtischen Vergabe von Bauleistungen ist der Einsatz von schadstoffarmen Baufahr-
693 zeugen und -geräten anzustreben. Bei Neuanschaffungen für den städtischen Fuhrpark sind
694 emissionsarme Fahrzeuge zu beschaffen. Die Stadt setzt sich bei allen städtischen Beteili-
695 gungsunternehmen dafür ein, dass dort das Gleiche gilt.

696 **Abfall und Sauberkeit**

697 CDU und GRÜNE setzen sich für eine Abfallentsorgung und Stadtreinigung aus einer Hand
698 durch die stadt eigenen Abfallwirtschaftsbetriebe (AWB) ein, um den Kölnerinnen und Kölnern
699 einen optimalen Service sowie stabile Gebühren gewährleisten zu können.

700 Zur Erreichung der Ziele des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) bezüglich Abfallvermeidung
701 und Recycling setzen sich CDU und GRÜNE für die Errichtung eines weiteren Wertstoffcenters
702 sowie ergänzender Sammelstellen durch soziale Träger ein. In Sportstadien und bei größeren
703 Veranstaltungen wirken CDU und GRÜNE auf die Verwendung von Mehrweggeschirr hin. CDU
704 und GRÜNE setzen sich für die Reduzierung von Lebensmittelverschwendung ein.

705 **Biodiversität, Grünflächen und Naturschutz**

706 CDU und GRÜNE betonen den Stellenwert von Arten- und Naturschutz in Köln. Die Ziele der
707 Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“, zu deren Unterzeichner die Stadt Köln bereits
708 gehört, werden von den Vertragspartnern erneut bekräftigt.

709 CDU und GRÜNE fördern Urban Gardening, interkulturelle Gärten, den Anbau von regionalen
710 Nutzpflanzen, die Schrebergartenkultur, die Ausweisung von Streuobstwiesen und den Erhalt
711 von alten Kulturlandschaften.

712 Beschlossene Pflegepläne für Naturschutzgebiete sind umzusetzen. Zudem sollen diejenigen
713 Grünflächen, die keinen repräsentativen Charakter, zum Beispiel Schmuckbeete, aufweisen
714 und nicht überwiegend der Naherholung, zum Beispiel Liegewiesen, und dem Freizeitsport
715 dienen, extensiv gepflegt werden.

716 Eine Bebauung von hochwertigen ökologischen Flächen, wie ausgewiesene Naturschutzgebiete,
717 geschützte Landschaftsbestandteile und Naturdenkmäler, sowie von bestehenden Fried-
718 hofsflächen lehnen CDU und GRÜNE ab.

719 Einer notwendigen Flexibilisierung naturschutzrechtlicher Ausgleichserfordernisse wird durch
720 die Einführung eines kommunalen Ökokontos – inklusive Flächenpool – entsprochen.

721 Die Naturschutzstation Leverkusen-Köln wird unterstützt.

722 Der innere Grüngürtel soll bis an den Rhein im Rahmen der Parkstadt-Süd-Planung verlängert
723 und der äußere Grüngürtel (Grüngürtel: Impuls 2012) vollendet werden.

724 **Baumschutz**

725 Die Anwendung der Baumschutzsatzung soll durch eine konsequente Vor-Ort-Prüfung von
726 Ersatzpflanzungen mit einer auskömmlichen Zahl städtischer Mitarbeiter durchgesetzt werden.
727 Alle bestehenden Baumfehlstellen auf öffentlichen Straßen und Plätzen sollen geschlossen
728 werden. Zu diesem Zweck wird das Baumpflanzprogramm mit auskömmlichen Haushaltsmit-
729 teln fortgesetzt.

730 **Friedhöfe**

731 CDU und GRÜNE wollen die städtischen Friedhöfe organisatorisch so aufstellen, dass die Spi-
732 rale von steigenden Gebühren als Folge sinkender Bestattungszahlen durchbrochen werden
733 kann. Dazu sollen die Ergebnisse der vom Rat am 08.04.2014 beauftragten Gebührenbedarfs-
734 berechnung nach Vorlage ausgewertet werden. Die unterschiedlichen kulturellen und religiösen
735 Bedürfnisse und Traditionen sind bei den Grabangeboten zu berücksichtigen.

736

737 Umwelt- und Klimaschutzbildung

738 CDU und GRÜNE setzen sich für eine nachhaltige Umweltbildung in Köln ein. So sollen das
739 KLASSE-Projekt, Finkens Garten, Freiluga, Thurner Hof, die Waldschule im Gut Leidenhausen
740 sowie weitere schulische und außerschulische Angebote beworben und weiterentwickelt wer-
741 den. Zu diesem Zweck sollen für alle Altersgruppen Angebote entwickelt werden, die Umwelt
742 und Natur in Köln als Lebensraum erfahrbar machen.

743 Tierschutz

744 Mobile oder temporäre Ausstellungen von Tieren, wie wandernde Reptilienausstellungen, Zir-
745 kusse mit nichtdomestizierten Tieren sowie Tierbörsen, die nicht ausschließlich zum Austausch
746 von lokalen Nachzuchten dienen, lehnen CDU und GRÜNE aus Tierschutzgründen ab. Daher
747 werden für diese Veranstaltungen keine Räume oder Flächen durch die Stadt Köln bereitge-
748 stellt.

749 Die Unterbringung von Fund- und herrenlosen Tieren in Kölner Tierheimen wird, sofern dies im
750 Rahmen der kommunalen Pflichtaufgabe geschieht, auskömmlich finanziert.

751 Nachhaltigkeit

752 Die Stadt Köln hat sich den strategischen Entwicklungszielen der Nachhaltigkeit, der Partizipa-
753 tion und der globalen Partnerschaft verpflichtet. Entsprechende Absichten wurden durch das
754 Leitbild 2020 und durch Ratsbeschlüsse zur Nachhaltigkeit, Lokalen Agenda 21 und zur Ent-
755 wicklung der sogenannten „Millenniumsziele“ formuliert. CDU und GRÜNE werden die vom Rat
756 bereits 2011 beschlossene Nachhaltigkeitsstrategie für Köln umsetzen.

757

758 **VI. Soziales und Integration**

759 Die Sozialpolitik von CDU und GRÜNEN für Köln verfolgt als zentrale Aufgabe das Ziel, durch
760 eine an den besonderen Bedarfen ausgerichtete Stadtentwicklungs-, Wohnungsbau-, Beschäf-
761 tigungs-, Sozial- und Quartierspolitik die Schaffung gerechter Lebensverhältnisse in Köln vo-
762 ranzutreiben. Das bedeutet soziale Gerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und Gerechtigkeit
763 zwischen den Geschlechtern.

764 Gleichzeitig ergibt sich aus dieser Situation die Chance, eine lebendige Stadt durch Rückbe-
765 sinnernung auf die Grundgedanken des Subsidiaritätsprinzips zu gestalten.

766 Die sozialen Strukturen und das kommunale soziale Netz sollen auf Basis der in den Haus-
767 haltsbeschlüssen 2015 getroffenen Schwerpunkte erhalten bleiben. Grundlage der gemeinsa-
768 men Sozialpolitik ist unter Einbeziehung des Subsidiaritätsgedankens die Förderung der Freien
769 Träger und der Selbsthilfe. Wachsende soziale Herausforderungen müssen angemessen be-
770 wältigt werden.

771 **Bürgerzentren und -häuser**

772 Die elf Bürgerzentren und -häuser bleiben erhalten. Neben der angemessenen finanziellen
773 Ausstattung muss die Barrierefreiheit in den Bürgerzentren und -häusern vorangetrieben wer-
774 den.

775 **Armutsbekämpfung**

776 Das seit 2006 umgesetzte Programm „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumkoordina-
777 tion“ wird weiterhin finanziert und weiterentwickelt. Die Finanzierung der elf Sozialraumkoordi-
778 natoren soll auskömmlich sein und umfasst auch einen Ansatz für sozialräumliche Maßnah-
779 men.

780 Die Gemeinwesenarbeit zur Stärkung benachteiligter Bevölkerungsteile soll zukünftig besser
781 an die wachsenden Herausforderungen angepasst werden und im Zuge der Weiterentwicklung
782 der Sozialraumkoordination enger mit dieser verzahnt werden. Mittelfristiges Ziel soll die Ent-
783 wicklung zu einem Quartiersmanagement sein.

784 CDU und GRÜNE unterstützen die Ziele und die Umsetzung des Integrierten Handlungskon-
785 zeptes „Starke Veedel – starkes Köln“: Aufbau von Präventionsketten zur Bekämpfung und
786 Verhinderung von Armut und sozialer Abgrenzung sowie „Klimaschutz/Umweltgerechtigkeit“.
787 Wichtig sind die umfassende Einbeziehung der Politik, ein begleitendes Controlling und eine
788 Evaluation, Bürgerinformation und direkte Bürgerbeteiligung für die Umsetzung der Maßnah-
789 men vor Ort sowie Transparenz bei der Vergabe.

790 CDU und GRÜNE wirken auf einen regelmäßigen, sozialraumbezogenen Lebenslagenbericht
791 und einen Armuts- und Reichtumsbericht hin mit dem Ziel, einen Aktionsplan gegen die Folgen
792 von Armut, insbesondere von Kindern und alten Menschen, zu entwickeln.

793 CDU und GRÜNE wollen den Berechtigtenkreis des KölnPass beibehalten und sein Ange-
794 botsspektrum erweitern.

795 **Seniorinnen und Senioren**

796 CDU und GRÜNE fördern den Erhalt und Ausbau der Seniorennetzwerke sowie die Verbesse-
797 rung der Seniorenberatungsstellen, die Unterstützung der Seniorentreffs, zum Beispiel durch
798 die Bereitstellung von Räumlichkeiten, den Bau von mehr barrierefreiem und generationsüber-
799 greifendem Wohnraum sowie den Erhalt der ambulanten und hauswirtschaftlichen Dienste im
800 Quartier. Seniorennetzwerke sollen unter Beteiligung der Seniorenvertretung inhaltlich weiter-
801 entwickelt werden. Die Zusammenarbeit mit den Seniorenberatungsstellen ist zu verbessern.

802 **Frauen**

803 CDU und GRÜNE unterstützen die Umsetzung der Europäischen Charta für Gleichstellung von
804 Frauen und Männern.

805 Sie wollen Frauenprojekte und das Netzwerk gegen häusliche Gewalt stärken sowie Angebote
806 gegen sexualisierte Gewalt erhalten und ausbauen. Spezielle Projekte zur Stärkung der sexuel-

807 len Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen einschließlich derer, die als Geflüchtete nach
808 Köln kommen, sollen eingerichtet werden.

809 CDU und GRÜNE unterstützen Entwicklungsprogramme innerhalb der Frauenhilfe-
810 Infrastruktur. Vor allem Wohn- und Unterstützungsformen, die den Übergang von Frauen in Not
811 in ein „normales“ Leben erleichtern, werden über die vom Land bereitgestellten Mittel gefördert.
812 Die Etablierung eines dritten Frauenhauses in Köln mit einem neuen Konzept wird auf Basis
813 einer verbesserten Förderung durch das Land NRW geprüft.

814 Das Kompetenzzentrum Frau und Beruf wollen CDU und GRÜNE erhalten.

815 CDU und GRÜNE streben eine stärkere Vernetzung mit Frauenorganisation in den Partner-
816 städten an, um den Dialog über die Gleichstellung zu fördern.

817 **Prostitution**

818 Die Sperrbezirke sollen nicht weiter ausgebaut werden, damit eine weitere Ausgrenzung und
819 Gefährdung der Prostituierten vermieden wird. Für die Verbesserung der Situation der Prostitu-
820 ierten im Kölner Süden und insbesondere für die Drogenprostituierten in Meschenich soll ein
821 wirksames Handlungskonzept erstellt und umgesetzt werden.

822 **Für Respekt und Akzeptanz**

823 CDU und GRÜNE setzen sich für den Abbau rechtlicher und tatsächlicher Diskriminierung
824 schwuler, lesbischer, bisexueller und transidenter Menschen ein. Sie unterstützen Gleichstel-
825 lung und Gerechtigkeit als Basis für die Implementierung des Diversity-Gedankens auf allen
826 Ebenen der Stadtverwaltung und des zivilen und wirtschaftlichen Lebens in Köln.

827 Das Diversity-Konzept soll fortgeschrieben und ein Aktionsplan gegen Homophobie erstellt
828 werden. Den Ausbau und die Sicherung der Aufklärungsarbeit an Schulen, beim Jugendzent-
829 rum „Anyway“ und in den lesbisch-schwulen Beratungszentren einschließlich der Familienbera-
830 tungsstelle für Regenbogenfamilien sowie der jugendpsychiatrischen Beratung beim Coming-
831 out-Prozess wollen CDU und GRÜNE fördern.

832 **Teilhabe für Menschen mit Behinderungen**

833 Menschen mit Behinderungen erfahren in Köln immer noch vielfach Barrieren und Ausgren-
834 zungen. CDU und GRÜNE setzen sich dafür ein, dass Köln behindertenfreundlicher wird. Sie
835 wollen die Lebensbedingungen so gestalten, dass behinderte Menschen gemeinsam mit nicht-
836 behinderten Menschen möglichst eigenständig am sozialen und kulturellen Leben in Köln teil-
837 haben und eigenständig leben können.

838 Die UN-Behindertenrechtskonvention ist Leitlinie des gesamtstädtischen Handelns. Das Hand-
839 lungskonzept für die Behindertenpolitik der Stadt Köln und der dazugehörige Folgebericht müs-
840 sen konsequent umgesetzt werden.

841 Wohnungen, Arbeitsplätze, Verkehrsmittel und Verkehrswege sowie soziale und kulturelle Ein-
842 richtungen müssen so gestaltet werden, dass auch Behinderte aktiv und selbstverständlich am
843 öffentlichen Leben teilhaben können. CDU und GRÜNE wirken auf eine Lösung hin, dass be-
844 hinderte Menschen, die auf E-Scooter angewiesen sind, von der KVB befördert werden.

845 **Flucht**

846 Krisen und Kriege haben weltweit zu den höchsten Flüchtlingszahlen seit dem Zweiten Welt-
847 krieg geführt. Immer mehr Menschen suchen auch Schutz in Köln. Die Verwaltung unternimmt
848 täglich große Kraftanstrengungen, alle Geflüchteten menschenwürdig unterzubringen und ihre
849 Integration in die Gesellschaft zu fördern. Dies ist eine gesellschaftspolitische Daueraufgabe
850 und für die Verwaltung eine Querschnittsaufgabe.

851 CDU und GRÜNE sind sich dieser schwierigen Aufgabe der Verwaltung bewusst und unter-
852 stützen die Verwaltung in ihrem Handeln. Sie begrüßen den Vorschlag der Oberbürgermeiste-
853 rin, unmittelbar in ihrem Dezernat eine Leitstelle Flüchtlingskoordination einzurichten.

854 CDU und GRÜNE unterstützen die Aufnahme, Unterbringung und erfolgreiche Integration von
855 Geflüchteten auf Basis der gefassten Ratsbeschlüsse vom 14.12.2014, 24.03.2015 und 10.
856 2015. Langjährig Geduldete müssen bessere Aufenthaltsperspektiven bekommen.

857 CDU und GRÜNE würdigen und unterstützen die vielfältigen ehrenamtlichen Aktivitäten der
858 Willkommenskultur. Die Verwaltung soll weiterhin das Projekt „Zentrum für Willkommenskultur“
859 unterstützen; dessen Aufgabe ist es, stadtteilbezogene und stadtweite Willkommensinitiativen
860 zu vernetzen und ihren gegenseitigen Austausch sicherzustellen.

861

862 Mit Unterstützung des Projekts „Auszugsmanagement“ vermittelt die Stadt Köln Geflüchtete in
863 Wohnungen auf dem Kölner Wohnungsmarkt. Das Projekt wurde 2011 in städtischer
864 Finanzierung und Kooperation mit Caritasverband, Deutschem Rotem Kreuz und dem Kölner
865 Flüchtlingsrat ins Leben gerufen. Mit Ratsbeschluss vom 12.05.2015 wurde das Projekt
866 „Auszugsmanagement“ zwischenzeitlich auf sechs Vollzeitstellen bei den drei Trägern erweitert
867 und wird um weitere zwei Jahre verlängert. CDU und GRÜNE wollen das
868 „Auszugsmanagement“ fortführen.

869

870 **Migration und Integration**

871 Integration ist eine wechselseitige Aufgabe in der Stadtgesellschaft. CDU und GRÜNE unter-
872 stützen die konsequente Umsetzung und das Controlling des Integrationskonzepts sowie des
873 interkulturellen Maßnahmenprogramms sowie die kontinuierliche Begleitung ihrer Umsetzung
874 durch den Integrationsrat und die Integrationskonferenz. Das hierfür 2015 beschlossene Integ-
875 rationsbudget muss verstetigt und bedarfsgemäß angepasst werden.

876 CDU und GRÜNE wollen im Rahmen der Gemeindeordnung NRW die Stärkung der Entschei-
877 dungskompetenzen des Integrationsrats prüfen.

878 Das Kommunale Integrationszentrum (KI) muss gestärkt werden, damit die Integrationsarbeit
879 erfolgreich vorangetrieben wird.

880 Die Anstrengungen für die Integration der in Köln lebenden Sinti und Roma, darunter auch Pro-
881 jekte des Rom e. V. gegen Diskriminierung, werden uneingeschränkt fortgeführt und sollen bei
882 steigendem Bedarf erweitert werden.

883

884 **VII. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderung**

885 CDU und GRÜNE wollen den Kölner Arbeitsmarkt durch die Verbesserung der kommunalen
886 wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beleben.

887 Wichtig sind CDU und GRÜNEN die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit sowie die früh-
888 zeitige Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit. Die Chancen junger Menschen auf dem Ar-
889beitsmarkt wollen sie durch verstärkte Gewichtung auf Ausbildung und Qualifizierung im „Über-
890gang Schule-Beruf“ verbessern.

891 CDU und GRÜNE unterstützen alle Bemühungen zur Umsetzung des Passiv-Aktiv-Transfers,
892 um Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

893 Sie wollen ein integriertes kommunales Beschäftigungsprogramm entwickeln, bei dem das
894 Wirtschafts-, das Sozialdezernat und das Jobcenter die Akteure sind. Wichtiger Teil dabei ist
895 die Ausweitung öffentlich geförderter Beschäftigung für die Menschen, die den ersten Arbeits-
896markt nicht erreichen können. Es soll dabei eine abgestimmte, gemeinsame Steuerung durch
897 das Sozial- und das Wirtschaftsdezernat geben.

898 Integrationsfirmen müssen gefördert werden.

899 CDU und GRÜNE setzen das Stadtverschönerungsprogramm fort mit den freien Beschäfti-
900 gungsträgern.

901 Wichtig ist ihnen, dass Jobcenter und die Bundesagentur für Arbeit die Anstrengungen für die
902 Qualifizierung und Vermittlung von Geflüchteten verstärken.

903 Die Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung (KGAB) soll weiterhin ihre wichtige
904 Funktion als städtische Beschäftigungsgesellschaft wahrnehmen und bei der Weiterentwick-
905 lung durch städtische Stellen und stadtnahe Gesellschaften unterstützt werden. Sie soll weiter-
906 hin eigenständig und ohne städtische Zuschüsse wirtschaften.

907 Gegenüber den städtischen Beteiligungsgesellschaften wirken CDU und GRÜNE darauf hin,
908 dass sie auch Menschen mit geminderter Leistungsfähigkeit beschäftigen und eine angemes-
909 sene Ausbildungsquote erreichen.

910

911 **VIII. Gesundheit**

912 Neben den städtischen Gesundheitseinrichtungen ist eine weitere wesentliche Grundlage
 913 kommunaler Gesundheitspolitik auf Basis des Subsidiaritätsprinzips das Wirken von Freien
 914 Trägern und Selbsthilfeinitiativen. CDU und GRÜNE unterstützen die Arbeit der Freien Träger,
 915 die grundsätzlich auf der Grundlage transparenter und datenbasierter Leistungsvereinbarungen
 916 erfolgt.

917 **Kinder- und Jugendgesundheit**

918 Die Programme zur Erkennung und Verhütung gesundheitlicher Gefährdungen – unter ande-
 919 rem in Kindertagesstätten einschließlich der U3-Gruppen – sollen ausgebaut und es soll ein
 920 Netzwerk zwischen den Kindertagesstätten gegründet werden. Ein Schwerpunkt soll in der
 921 Diagnostik und Behandlung von frühkindlichen Gesundheits- und Entwicklungsstörungen lie-
 922 gen. Das beinhaltet die konsequente Durchführung der flächendeckenden Vierjährigenuntersu-
 923 chung des Gesundheitsamts sowie den bedarfsgerechten Ausbau der Angebote der Frühförde-
 924 rung. Auf die Empfehlungen der „Ständigen Impfkommision“ soll flächendeckend hingewiesen
 925 werden.

926 Die kinder- und jugendpsychiatrische Beratungsstelle soll ebenso weitergeführt werden wie die
 927 Clearingstelle für frühe Hilfen und die Krisenintervention für besonders belastete Familien so-
 928 wie die Beratung und Betreuung junger Eltern durch einen bedarfsgerechten Einsatz von Fami-
 929 lienhebammen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern.

930 **Gesunde Lebensweise**

931 Im Hinblick auf „gesunde Ernährung“ ist zu prüfen, ob bei Ausschreibungen von Mittagessen
 932 für Verwaltungseinrichtungen, Kitas und Schulen die Verarbeitung von Vorprodukten aus regi-
 933 onalem, saisonalem und biologisch zertifiziertem Anbau zur Voraussetzung gemacht werden
 934 kann und ob Integrationsbetriebe bevorzugt berücksichtigt werden können. Für Kinder und Ju-
 935 gendliche soll ein ausreichendes Bewegungsangebot gewährleistet werden.

936 **Gemeindenahe psychiatrische Versorgung**

937 In Zusammenarbeit mit dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) und den Freien Trägern in
 938 Köln ist die konzeptionelle Weiterentwicklung der sozialpsychiatrischen Zentren anzustreben.
 939 Besonders sind Angebote für Menschen bis zum 27. Lebensjahr auszubauen sowie eine sach-
 940 gerechte Nachsorgeleistung für forensische Patienten sicherzustellen.

941 **Gesundheit für Migrantinnen und Migranten**

942 CDU und GRÜNE wollen den Fortbestand des Gesundheitszentrums für Migrantinnen und Mig-
 943 ranten und des Therapiezentrums für Folteropfer der Caritas weiter sichern. Die Einrichtung
 944 von interkulturellen Gesundheitsstützpunkten soll im Rahmen der Sozialraumentwicklung inte-
 945 griert werden.

946 Um die gesundheitliche, pflegerische und psychosoziale Versorgung der gesamten Bevölke-
 947 rung zu gewährleisten, setzen sich CDU und GRÜNE für die interkulturelle Öffnung der Regel-
 948 dienste ein.

949 Eine ausreichende gesundheitliche Versorgung für Menschen ohne Papiere – entsprechend
 950 dem vom Rat beschlossenen Konzept – ist in dieser Ratsperiode umzusetzen und zu sichern.
 951 Hierfür sind Haushaltsmittel bereitzustellen.

952 **Sexuelle Gesundheit und Schwangerschaftskonfliktberatung**

953 CDU und GRÜNE setzen sich für die Bestandserhaltung und wo nötig und möglich für den
 954 Ausbau von passgenauer Präventionsarbeit in der Schwangerschaftskonfliktberatung ein.

955 Die Präventionsarbeit für sexuell übertragbare Infektionen soll ebenso ausgebaut werden wie
 956 die HIV-Test-Beratung. Sexualpädagogische Arbeit, besonders mit männlichen Jugendlichen,
 957 die Multiplikatorenarbeit und die Arbeit der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen wollen
 958 CDU und GRÜNE sichern.

959

960 **Drogen und Sucht**

961 Das Kölner Drogenhilfesystem soll grundsätzlich erhalten und auf seine Wirksamkeit hin ge-
962 prüft werden. Neben dem Drogenkonsumraum am Hauptbahnhof ist eine niederschwellige Lö-
963 sung der Drogenproblematik für den Neumarkt vor Ort sicherzustellen.

964 Notwendig ist die Anpassung des Kölner Drogenhilfesystems an die sich verändernden Sucht-
965 mittel und die nichtstofflichen Süchte (z. B. Spielsucht) sowie neue Formen des Drogenge-
966 brauchs. Besonders sind sozialraumbezogene Angebote zur Prävention weiterzuentwickeln.
967 Die Diamorphinabgabe an schwerstdrogenabhängige Menschen gilt es zu erhalten.

968 **Seniorinnen und Senioren, Pflege alleinstehender Menschen**

969 Die Gesundheitskonferenz soll ermitteln, ob es einen nicht gewährleisteten Nachsorgebedarf
970 (somatisch und psychiatrisch) nach Klinikaufenthalten gibt und gegebenenfalls Vorschläge zur
971 Verbesserung unterbreitet.

972 **Wohnortnahe Gesundheitsversorgung**

973 Zur angemessenen wohnortnahen Versorgung mit Ärzten aller Fachrichtungen, besonders mit
974 Kinderärzten und Notfallpraxen, soll die Stadtverwaltung kontinuierlich Gespräche mit der Kas-
975 senärztlichen Vereinigung führen, die den Sicherstellungsauftrag für die ambulante medizini-
976 sche Versorgung hat.

977 **Städtische Kliniken**

978 CDU und GRÜNE wollen in Köln die medizinische Optimalversorgung sicherstellen und die
979 Kliniken Köln als Maximalversorger fortführen. Dazu ist die Einleitung von Maßnahmen zur
980 wirtschaftlichen Restrukturierung der Kliniken Köln einschließlich der Prüfung einer Kooperation
981 mit Kliniken in öffentlicher Trägerschaft notwendig.

982 CDU und GRÜNE wollen darauf hinwirken, Köln als herausragenden hochschulmedizinischen
983 Standort zu stärken.

984 Sie unterstützen die kommunale Gesundheitskonferenz in ihrem Anliegen, die medizinischen
985 Bedürfnisse der Bevölkerung sicherzustellen.

986 **Feuerwehr, Rettungsdienst, Katastrophenschutz**

987 Die Berufsfeuerwehr und der Rettungsdienst sollen personell und finanziell so ausgestattet
988 sein, dass sie ihre Aufgaben zur Rettung und zum Schutz der Kölnerinnen und Kölner erfüllen
989 können. Die Aufwendungen für diese Aufgaben müssen sich am Gebot der Angemessenheit
990 und der sparsamen Mittelverwendung orientieren. Dies werden CDU und GRÜNE einzelfallbe-
991 zogen prüfen. Dies gilt insbesondere für die Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans.

992 **Rettungshubschrauberstation**

993 CDU und GRÜNE halten den Betrieb einer Rettungshubschrauberstation im Kölner Raum für
994 notwendig und werden daher ihre Errichtung weiter betreiben. Aufgrund der Havarie der in Bau
995 befindlichen Station auf dem Kalkberg werden CDU und GRÜNE – auf Grundlage des Ratsbe-
996 schlusses vom 15.12.2015 – die Fortsetzung des Baus sorgfältig abwägen. Für diese Abwä-
997 gung ist die Prüfung von Standortalternativen zwingend notwendig.

998

999 IX. Bauen und Gebäudewirtschaft

- 1000 Der von CDU und GRÜNEN initiierte Ratsbeschluss vom 02.02.2016 zur Neuausrichtung der
1001 Gebäudewirtschaft soll zügig umgesetzt werden. Er umfasst die Übertragung aller Personal-
1002 und Organisationskompetenzen einschließlich der Aufstellung des Stellenplans auf den Eigen-
1003 betrieb Gebäudewirtschaft. Die Vergabeverfahren für Beschaffungen der Gebäudewirtschaft
1004 sollen zukünftig unter Anwendung der städtischen Vergaberichtlinien und Richtlinien zur Kor-
1005 ruptionsprävention durch den Eigenbetrieb erfolgen. Mit der Neuausrichtung wird das Ziel ver-
1006 folgt, der Gebäudewirtschaft künftig ein eigenständiges und flexibles Agieren zu ermöglichen
1007 und sämtliche Neubau- und Sanierungsmaßnahmen deutlich zu beschleunigen.
- 1008 Die vom Rat beschlossenen Energieleitlinien einschließlich der Passivhausbauweise für alle
1009 künftigen Neuplanungen städtischer Gebäude werden wieder angewendet.
- 1010 Durch eine weitestgehende Standardisierung der jeweiligen Schulbauten soll eine deutliche
1011 zeitliche und finanzielle Straffung erreicht werden.
- 1012 Auf Basis der novellierten Landesbauordnung soll die Verwendung ökologischer Baustoffe prio-
1013 ritär geprüft werden.
- 1014 Das Energiemanagement soll in allen städtischen Gebäuden zwecks Senkung des Energie-
1015 und Wasserverbrauchs sichergestellt werden. Ein diesbezüglicher Energiebericht ist jährlich
1016 vorzulegen. Die bislang in der von der Verwaltung vorgelegten Aufstellung nicht aufgeführten
1017 Gebäude, zum Beispiel Museen und Feuerwehr, sind künftig aufzunehmen, um einen gesamt-
1018 städtischen Überblick zu gewährleisten.
- 1019 Der einstimmig gefasste Beschluss des Bauausschusses vom 07.12.2015 zur Beschleunigung
1020 von Baugenehmigungen für Flüchtlingsunterkünfte durch Optimierung der internen Abläufe
1021 sowie Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Baugesetzgebung ist umzusetzen.
- 1022 CDU und GRÜNE setzen sich für eine schnellstmögliche Verbesserung der personellen und
1023 organisatorischen Aufstellung des Bauaufsichtsamts ein, um die Bearbeitungszeiten von Bau-
1024 anträgen erheblich zu verkürzen und den Antragstellern auch schon im Vorfeld unbürokratische
1025 Entscheidungshilfe anbieten zu können.
- 1026

1027 X. Schule und Weiterbildung

1028 CDU und GRÜNE setzen sich für ein gerechtes Schulwesen ein, das alle Kinder und Jugendli-
1029 chen auf bestmögliche Weise fördert und soziale Bildungsnachteile abbaut. Sie setzen sich für
1030 die Schaffung von ausreichenden Schulplätzen und für eine wohnortnahe Versorgung ein.

1031 CDU und GRÜNE verfolgen folgende Zielsetzungen und Vorhaben:

- 1032 ▪ Durch die bedarfsgerechte zusätzliche Schaffung von Schulplätzen, insbesondere bei
1033 Gesamtschulen und Gymnasien, soll der Elternwille umgesetzt werden.
- 1034 ▪ Der Neubau von Schulen und Generalsanierungen müssen orientiert an Kriterien priori-
1035 siert werden. Die Umsetzung muss beschleunigt werden. Hierfür soll die Verwaltung
1036 geeignete Lösungswege aufführen.
- 1037 ▪ Die digitale Infrastruktur soll beschleunigt ausgebaut werden.
- 1038 ▪ Die Schulbaurichtlinie soll hinsichtlich der Baustandards evaluiert werden mit dem Ziel,
1039 durch eine sinnvolle Standardisierung der jeweiligen Schulbauten bzw. der Nebenge-
1040 bäude wie zum Beispiel Turnhallen eine deutliche zeitliche und finanzielle Straffung bei
1041 Sanierung und Neubau zu erreichen.
- 1042 ▪ Für den weiteren Ausbau der Inklusion im Schulbereich müssen die Rahmenbedingun-
1043 gen und die sächlichen und personellen Ressourcen an den Regelschulen so verbes-
1044 sert werden, dass alle Schülerinnen und Schüler bestmöglich gefördert werden. Eine
1045 hohe Verantwortung in diesem Bereich trägt das Land, was einzufordern ist.
- 1046 ▪ Das Beratungs- und Fortbildungssystem für alle an der Inklusion beteiligten Akteure,
1047 insbesondere für die Eltern, soll ausgebaut werden.
- 1048 ▪ Der gebundene und offene Ganzttag soll ausgebaut werden.
- 1049 ▪ Die Schulsozialarbeit und der Einsatz von Schulpsychologinnen und -psychologen soll
1050 bedarfsgerecht erweitert werden.
- 1051 ▪ Ein ausreichendes Angebot an Schulplätzen bei den Schulen der zweiten Chance ist si-
1052 cherzustellen; die Tages- und Abendschule Köln (TAS) ist weiterhin finanziell aus-
1053 kömmlich auszustatten.
- 1054 ▪ Die Kapazitäten der Berufskollegs sollen erhalten bzw. ausgeweitet und ihre Ausstat-
1055 tung verbessert werden.
- 1056 ▪ Die Integration von geflüchteten Kindern muss zügig in Vorbereitungsklassen und in
1057 Regelklassen erfolgen. Sie müssen intensiv beim Erlernen der deutschen Sprache un-
1058 terstützt werden – auch durch Bereitstellung der entsprechenden Materialien.
- 1059 ▪ Die Integration soll durch eine Erhöhung des Anteils bilingualer Schulen in Köln geför-
1060 dert werden; der Verbund Kölner Europäischer Grundschulen soll ausgebaut werden.
- 1061 ▪ Die Volkshochschule (VHS) leistet als Einrichtung der Weiterbildung einen bedeutenden
1062 Beitrag in vielen Bereichen eines lebensbegleitenden Lernens. Die Honorierung der
1063 VHS-Dozentinnen und -Dozenten ist gemäß des Ratsbeschlusses vom 23.06.2015 zu
1064 erhöhen.
- 1065 ▪ Die Sanierung des Bestandsgebäudes der Rheinischen Musikschule (RMS) und ein
1066 Erweiterungsbau auf Grundlage des Ratsbeschlusses vom September 2015 unter Be-
1067 >rücksichtigung eines für die Zwecke der RMS geeigneten Veranstaltungssaals sind zü-
1068 gig zu realisieren.
- 1069 ▪ Die musikalische Früherziehung im Grundschulbereich im Rahmen des Landespro-
1070 gramms „JeKits“ ist ausreichend aus dem Schuletat zu fördern.
- 1071 ▪ Die politische Bildung in Schulen ist durch kommunale Initiativen zu unterstützen.
- 1072 ▪ Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Abschluss verlassen, soll
1073 weiter gesenkt werden.

- 1074
- 1075
- 1076
- Eine grundsätzliche Öffnung von Schulhöfen der weiterführenden Schulen außerhalb der Unterrichtszeiten ist zu ermöglichen.

1077 **XI. Jugendhilfe**

1078 Köln ist eine wachsende Stadt mit immer mehr Kindern und Jugendlichen. Deshalb ist eine
 1079 präventive Kinder- und Jugendpolitik eine wichtige Investition in die Zukunft. CDU und GRÜNE
 1080 wollen Rahmenbedingungen schaffen, damit Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrer
 1081 sozialen, kulturellen und materiellen Herkunft bestmögliche Voraussetzungen haben. Ziel ist
 1082 es, dass Kinder und Jugendliche später ein selbstbestimmtes Leben führen können und
 1083 gleichwertige Chancen haben für ihre berufliche Entwicklung.

1084 CDU und GRÜNE verfolgen folgende Zielsetzungen und Vorhaben:

- 1085 ▪ Die Betreuungsangebote in den Bereichen U3, Ü3 und OGTS sollen bedarfsgerecht
 1086 ausgebaut und ausgestaltet werden. Dazu gehören eine Steigerung der U3-
 1087 Versorgungsquote auf 50 % mit einem Kita-Tagespflege-Verhältnis von 80 zu 20, An-
 1088 gebote auch in Randzeiten sowie die Verstärkung der Großtagespflege und eine Über-
 1089 prüfung der Verlässlichkeit der Vertretungsregelung bei der Tagespflege.
- 1090 ▪ Die Gründung von Betriebskitas soll durch Beratung und Begleitung vonseiten der Stadt
 1091 unterstützt werden.
- 1092 ▪ Die Kita-Beitragsfreiheit soll auf die vom Land finanzierten zwölf Monate vor der Ein-
 1093 schulung begrenzt werden. Die eingesparten Mittel sind für einen (sozial-)bedarfs-
 1094 gerechten Ausbau und eine Qualitätssteigerung im OGTS-Bereich einzusetzen, zum
 1095 Beispiel durch „OGTS plus“ als Projekt für Kinder in Stadtteilen mit besonderen Be-
 1096 darfslagen (vergleichbar PlusKita).
- 1097 ▪ Beitragsstaffelung und zusätzliche Gebühren in Kitas sollen mit dem Ziel einer gerech-
 1098 teren Ausgestaltung überarbeitet werden. Die Lösungssuche hinsichtlich der von eini-
 1099 gen Trägergruppen verlangten zusätzlichen Kita-Elternbeiträge muss vorangetrieben
 1100 werden.
- 1101 ▪ Als temporäre Alternative zu OGTS ist der Ausbau von Angeboten der Übermittagsbe-
 1102 treuung bis 14 Uhr zu fördern.
- 1103 ▪ Eltern sollen eine deutlich frühzeitigere Information hinsichtlich der Vergabe von OGTS-
 1104 Plätzen erhalten.
- 1105 ▪ Streetwork soll konzeptionell weiterentwickelt und ausgebaut werden.
- 1106 ▪ Der Anteil außerstädtischer Träger soll erhöht werden mit dem Ziel, das Angebot an
 1107 Kitaplätzen möglichst bald bedarfsgerecht auszubauen.
- 1108 ▪ Die Integrationsmaßnahmen für junge Geflüchtete sollen fortgeschrieben und an die
 1109 neuen Zahlen angepasst werden, dabei ist insbesondere der Ausbau von Angeboten
 1110 von Jugendzentren im Umfeld von Flüchtlingsseinrichtungen zu berücksichtigen.
- 1111 ▪ Die Kapazitäten der interkulturellen Familienberatung müssen überprüft und – wenn
 1112 notwendig – an den Bedarf angepasst werden.
- 1113 ▪ Die Programme Frühe Hilfen, KiWi und Stadtteilmütter werden fortgeschrieben.
- 1114 ▪ Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen soll ernsthaft vorangetrieben werden,
 1115 zunächst durch ein zeitnahe Beratungsgespräch zwischen Verwaltung, Politik und der
 1116 Beratungsfachkraft des Landes NRW zur Förderung der Kinder- und Jugendpartizipati-
 1117 on in den Kommunen. Ziel soll sein, für Köln ein passgenaues Angebot der Beteiligung
 1118 zu gestalten. Ein Jugendteam bzw. eine direkte Ansprechperson für Kinder und Jugend-
 1119 liche in Sachen Beteiligung wird angestrebt.
- 1120 ▪ Die Umsetzung des Spielplatzbedarfsplans soll forciert werden.
- 1121 ▪ Die Freien Träger sollen gestärkt und der Status quo der Jugendverbandsarbeit soll
 1122 beibehalten werden.
- 1123 ▪ Für ehrenamtlich tätige Jugendliche, die die Jugendleiterkarte haben, sollen Vergünsti-
 1124 gungen bei kulturellen und freizeitorientierten Angeboten eingeführt werden.

- 1125 ▪ Zur Sicherstellung der gleichberechtigten Berücksichtigung von Mädchen und Jungen in
1126 der Jugendhilfeplanung soll ein Mädchenbeirat für Träger eingerichtet werden.
- 1127 ▪ Legale Flächen für Graffiti und Street Art sollen überprüft und geschaffen werden.
- 1128 ▪ Das Konzept zur Bekämpfung von Kinderarmut ist zu aktualisieren, fortzuschreiben und
1129 mit konkreten Maßnahmen umzusetzen.
- 1130 ▪ Die Finanzierung der Kultur- und medienpädagogischen Facheinrichtungen sowie die
1131 Finanzierung der offenen Kinder- und Jugendarbeit sind sicherzustellen.
- 1132

1133 **XII. Kultur**

1134 Der Kulturentwicklungsplan (KEP) ist der Masterplan für die Gestaltung des zukünftigen kultu-
 1135 relen Lebens. CDU und GRÜNE werden den partizipativen Prozess zur Weiterentwicklung des
 1136 KEP weiterhin initiieren und begleiten. Kulturelle Vielfalt und Infrastruktur sollen weiterentwi-
 1137 ckelt werden. Die Arbeit am Kulturentwicklungsplan ist ein „Work in Progress“ in enger Verzah-
 1138 nung mit den Akteuren. Die Verantwortung für diesen Prozess zu tragen, ist originäre Aufgabe
 1139 des Kulturdezernats.

1140 **Kunst- und Kulturbauten**

1141 Die zeitnahe Sanierung und Priorisierung der zahlreichen Kulturbauten und Museen unter Be-
 1142 rücksichtigung eines Zeit-Maßnahmen-Plans, einer soliden Finanzierung und einer energeti-
 1143 schen Optimierung sind vorrangige Ziele von CDU und GRÜNEN.

1144 Die Museen sollen künftig intensiver genutzt und ihre Weiterentwicklung soll initiiert werden.
 1145 Unter anderem sollen auch die Öffnungszeiten der städtischen Museen optimiert werden.
 1146 Wichtiges Ziel ist es, eine finanzielle Unterstützung des Landes im Rahmen des Kulturförder-
 1147 gesetzes NRW zu erreichen. Die Finanzierung der Museen muss an die realen Kosten angegli-
 1148 chen werden. Die Museen sollen zukünftig jährliche Wirtschaftspläne – ähnlich der Wirtschafts-
 1149 planung des Museumseigenbetriebs WRM – vorlegen. Auf Grundlage vorhandener Studien
 1150 wird die Organisation und Betriebsform der Museen geprüft.

1151 Der Erweiterungsbau des Wallraff-Richartz & Fondation Corboud wird realisiert.

1152 Die Kunst- und Museumsbibliothek (KMB) soll in Kooperation mit der Universität Köln weiterge-
 1153 führt werden.

1154 Die Planungen zur Historischen Mitte werden gemäß Ratsbeschluss weitergeführt.

1155 Der Neubau des Historischen Archivs am Eifelwall und der Neubau des Rheinischen Bildar-
 1156 chivs werden begleitet und unterstützt. Das Archiv soll als Bürgerarchiv geführt werden und
 1157 sowohl der Wissenschaft als auch der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.

1158 Die Stiftung Stadtgedächtnis ist bei ihrer Akquise zu unterstützen.

1159 Archäologische Zone und Jüdisches Museum werden gemäß der Ratsbeschlüsse gemeinsam
 1160 mit dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) errichtet und betrieben.

1161 Die Orangerie im Volksgarten soll durch öffentliche Drittmittel oder auf der Basis eines Betrei-
 1162 berkonzeptes (ohne Ausbau der Gewächshäuser) saniert und als Ort für die Freie Szene gesi-
 1163 chert werden.

1164 Das Industriedenkmal „Hallen Kalk“ soll durch eine Projektentwicklung, die unter anderem auch
 1165 eine kulturelle Nutzung vorsieht, im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklung des Gesamtbe-
 1166 reichs gesichert werden.

1167 **Bühnen der Stadt Köln**

1168 Die Sanierung der Oper, des Schauspiels, der Kinderoper und des Kleinen Hauses werden
 1169 zielgerichtet weitergeführt.

1170 Langfristig verfolgen CDU und GRÜNE das Ziel, den Tanz wieder als dritte Sparte in den Köl-
 1171 ner Bühnen zu verankern. Vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltssituation, die sich in
 1172 der Stadt auch für die nächsten Jahre abzeichnet, soll der Tanz aber zunächst mittels der
 1173 überaus erfolgreichen internationalen Tanzgastspiele an den Bühnen weitergeführt werden. Die
 1174 starke Kölner Tanzszene benötigt zudem dringend neue Produktionsflächen – auch um wieder
 1175 vermehrt Landesmittel zu ihrer Förderung nach Köln holen zu können.

1176 Das Schauspiel wird zusätzlich zur Spielstätte am Offenbachplatz mit einer weiteren Spielstätte
 1177 in Köln-Mülheim verbleiben.

1178 Langfristig werden auf Basis der Erkenntnisse der Actori-Studie Zukunftsperspektiven entwi-
 1179 ckelt, die die Einzigartigkeit der Bühnen der Stadt Köln respektieren und befördern sollen.

1180 Die Öffnung der Bühnenspielstätten für die Freie Szene wird nach erfolgreicher Sanierung um-
1181 gesetzt.

1182 **Sparten**

1183 CDU und GRÜNE wollen sowohl den städtischen Kulturinstitutionen als auch der Freien Szene
1184 Planungssicherheit, Verlässlichkeit und Kontinuität zu geben. Die Förderung der Freien Szene
1185 findet auf Grundlage der jeweiligen Förderkonzepte statt. Dies beinhaltet auch, die spartenori-
1186 entierten Förderkonzepte zu überprüfen und zu aktualisieren sowie die Finanzierung und die
1187 Rahmenbedingungen zu sichern und mittelfristig zu verbessern.

1188 Städtische Institutionen und Freie Szene bilden zwei gleichberechtigte Säulen des kulturellen
1189 Lebens. Dieser Grundsatz ist langfristig ökonomisch zu untermauern. CDU und GRÜNE stre-
1190 ben eine auskömmliche Finanzierung der Sparten der Freien Szene an.

1191 Das Kulturstadamt der Stadt Köln soll als Kulturbüro Dienstleister für die Freie Szene sein und Auf-
1192 gaben von der Vermittlung von Kontakten und Arbeitsräumen bis zur Moderation zwischen den
1193 Ämtern übernehmen. Künstlerinnen und Künstler sollen die Möglichkeiten haben, künstlerisch
1194 experimentell arbeiten zu können.

1195 Die Vernetzung der Kunsträume muss gefördert und im Rahmen des Stadtmarketings mehr
1196 genutzt werden. Im Rahmen von Stadtentwicklungsvorhaben sind Räume für künstlerische
1197 Nutzungen einzuplanen. Öffentliche Räume sollen für kulturelle und kreative Aktivitäten nutzbar
1198 sein. Zwischennutzungsmöglichkeiten leerstehender Räumlichkeiten für Kreative sollen im
1199 Rahmen des beschlossenen und beim Wirtschaftsdezernat zu betreibenden Zwischennut-
1200 zungskonzepts geschaffen werden. Auch Fördermöglichkeiten für spartenübergreifende Projek-
1201 te sind zu prüfen.

1202 CDU und GRÜNE setzen sich dafür ein, die Art Cologne, die ArtFair und die Fine Art in Köln zu
1203 sichern sowie die Vielfalt der Ateliers und Galerien zu erhalten und weiter zu befördern. Ausrei-
1204 chend bezahlbare Atelierräume sind vorzuhalten. Die Kulturverwaltung soll für die Belegung
1205 aller städtischen Ateliers einschließlich des Kunsthauses Rhenania zuständig sein.

1206 CDU und GRÜNE setzen sich für die Bestandssicherung und Weiterentwicklung der zahlrei-
1207 chen renommierten Kölner Musikeinrichtungen und Ensembles ein – von der Alten Musik bis
1208 zur Neuen Musik, von der Klassik bis zum RockPop und Jazz. Dazu gehören auch die zahlrei-
1209 chen Festivals, wie zum Beispiel Acht Brücken, die Köln zu einem attraktiven Musikstandort
1210 machen. Der Stadtgarten soll programmatisch zu einem Europäischen Zentrum für Neue Musik
1211 und Jazz mit Unterstützung des Landes NRW ausgebaut werden.

1212 Der Bestand an Proberäumen soll ausgebaut werden.

1213 CDU und GRÜNE wollen den Tanz mit seiner Vielfalt der Kompanien und Orte auch in regiona-
1214 ler Kooperation fördern und so den Tanzstandort Köln stärken.

1215 Zahlreiche Filminitiativen, das FilmForum NRW und weitere Akteure im Filmsegment sind wei-
1216 terhin zu fördern. Dem FilmForum im Museum Ludwig, dem Filmhaus und dem FrauenFilmfes-
1217 tival wollen CDU und GRÜNE eine verlässliche Zukunftsperspektive geben.

1218 Die Förderung der Freien Theater und Ensembles ist nachhaltig zu sichern. Dies gilt ebenso für
1219 die zahlreichen Initiativen und Institutionen im Bereich der Literatur.

1220 Veranstaltungs- und Clubkultur stellen eine zentrale Form gelebter Stadtkultur dar und verdi-
1221 enen auch kulturpolitische Wertschätzung.

1222 Für die Medienkunst soll ein Gesamtkonzept Medien mit neuen medialen Kunstformen (z. B.
1223 Games) entwickelt werden.

1224 **Akademie der Künste der Welt**

1225 Die Akademie der Künste der Welt als eine internationale Einrichtung und einen selbstständigen
1226 Ort des Dialogs, des interkulturellen Diskurses und der kulturellen und gesellschaftlichen
1227 Auseinandersetzung wollen CDU und GRÜNE stärker mit dem kulturellen Leben in der Stadt
1228 verknüpfen. Die Tätigkeit der Akademie soll evaluiert werden. Bei der Mittelverwendung ist eine
1229 ausreichende Transparenz gegenüber den Ratsgremien herzustellen.

1230 **Stadtbibliotheken**

1231 Weiterhin muss in jedem Stadtbezirk mindestens eine Stadtteilbibliothek existieren; der Bücherbus und die Minibibs werden weitergeführt.

1233 **Teilhabe und Kulturelle Bildung**

1234 Der KölnTag der Museen wird fortgeführt und es sollen weitere günstigere Zugangsmöglichkeiten auch in Verbindung mit den Städten entlang der Rheinschiene erreicht werden. Der Museumsbus soll Bestand haben. Die Öffnungszeiten sollen flexibler gestaltet werden, das gilt auch für den bisher geschlossenen Montag.

1238 Kulturelle Orte und Strukturen in den Stadtteilen sind – ohne Unterschied ihres Standorts – zu sichern und neu zu entwickeln. Das Kulturquartier am Neumarkt soll verstärkt den (inter)kulturellen Diskurs fördern. Dezentrale künstlerische Angebote und Kooperationen im Rahmen von Schulen, Kitas und offener Jugendarbeit, Bildungseinrichtungen und Seniorentreffs wollen CDU und GRÜNE fördern.

1243 Kulturelle Bildung ist eine Querschnittsaufgabe zwischen dem Dezernat für Bildung, Jugend und Sport und dem Dezernat für Kunst und Kultur. Ihre Zusammenarbeit soll optimiert werden.

1245 **Kulturmarketing**

1246 Das Kulturmarketing ist zu professionalisieren, um Köln als Kunst- und Kulturmetropole optimal zu positionieren. Im Stadtmarketing und Markenprozess ist dies besonders zu berücksichtigen. Außerdem soll ein enger Austausch zwischen KölnTourismus und den Kultureinrichtungen aufgebaut werden.

1250 Der Kulturwirtschaftsbericht ist fortzuschreiben, für den zuletzt 2010 Zwischenergebnisse vorgelegt wurden.

1252 Der Umgang mit Stiftern und Mäzenen ist deutlich zu verbessern und die weitere Akquise sicherzustellen.

1254 **Kooperationen**

1255 Die Zusammenarbeit der Stadt mit den Hochschulen ist zu intensivieren. Auch soll die regionale wie überregionale Zusammenarbeit der Kulturinstitutionen und der Freien Szene ausgebaut werden.

1258

1259 **XIII. Sport**

1260 Sport – ein Thema, das die Stadt bewegt: Mehr als die Hälfte aller Kölnerinnen und Kölner ist
 1261 sportlich aktiv. Die meisten Sporttreibenden tun das selbstorganisiert; sie joggen, schwimmen,
 1262 fahren Fahrrad oder betreiben Fitnesstraining. Über 220.000 Kölnerinnen und Kölner sind in
 1263 800 Vereinen organisiert. Diese Sportvereine übernehmen wichtige soziale Aufgaben. Sie füh-
 1264 ren Kinder und Jugendliche an Sport und Bewegung heran und sie sind Orte der sozialen In-
 1265 tegration.

1266 CDU und GRÜNE verfolgen das Ziel, sowohl Sportvereine bei der Schaffung und dem Erhalt
 1267 der Infrastruktur und bei der Jugendarbeit zu unterstützen als auch Räume für den vereinsun-
 1268 gebundenen Freizeitsport bereitzustellen und instand zu halten.

1269 CDU und GRÜNE wollen die stärkere Vernetzung der Kölner Sportlandschaft stützen und die
 1270 Aufstellung eines Sportentwicklungsplans initiieren. Für Kölnerinnen und Kölnern mit geringem
 1271 Einkommen wollen sie den Zugang zu Sportangeboten ermöglichen und erleichtern. Das Köl-
 1272 ner Sportangebot soll in Zukunft noch stärker mit den Bedürfnissen einer alternden, multikultu-
 1273 rellen und zunehmend gesundheitsorientierten Gesellschaft in Einklang gebracht werden.

1274 **Die wichtigsten Vorhaben**

1275 ▪ CDU und GRÜNE wollen die Mittel für Instandhaltung und Sanierung von Sportanlagen
 1276 bereitstellen, das Kunstrasenprogramm fortsetzen und das leistungsfähige Bäderange-
 1277 bot der KölnBäder GmbH sichern.

1278 ▪ CDU und GRÜNE wollen mehr Kinder und Jugendliche für Sport und Bewegung gewin-
 1279 nen und dauerhaft begeistern.

1280 ▪ CDU und GRÜNE wollen die Jugendbeihilfe für die Sportvereine mindestens auf dem
 1281 Niveau von 2015 halten.

1282 ▪ CDU und GRÜNE setzen sich für eine bessere Verknüpfung von Schulen und Sportver-
 1283 einen ein und unterstützen entsprechende Kooperationsmodelle. Das Angebot „Sicher
 1284 Schwimmen!“ für Grundschulkindern soll ebenso fortgesetzt und seine Finanzierung ge-
 1285 sichert werden wie das Programm „Kids in die Clubs“ für Kinder mit KölnPass.

1286 CDU und GRÜNE setzen sich für die Schaffung von „Bewegungsräumen“ mit Sportgelegenhei-
 1287 ten im öffentlichen Raum ein, wie Fitnessparcours in städtischen Parkanlagen, Laufstrecken,
 1288 Skate-Anlagen oder Basketballplätzen – auch als altersgerechte Sportangebote und Mehrge-
 1289 nerationenplätze.

1290 Die durch den Breiten- und Freizeitsport genutzten Flächen wollen CDU und GRÜNE schützen.
 1291 Eine kommerzielle Nutzung der Stadion-Vorwiesen, die keinen sportlichen Hintergrund hat, soll
 1292 grundsätzlich ausgeschlossen werden. Dafür sollen Alternativen an anderen Standorten ge-
 1293 schaffen werden.

1294 CDU und GRÜNE unterstützen alle Anstrengungen gegen Gewalt und Diskriminierung im
 1295 Sport. Maßnahmen wie die „Sport-Charta gegen Diskriminierung“ und die Aktion „Rote Karte
 1296 gegen sexualisierte Gewalt im Sport“ haben dabei Vorbildcharakter.

1297 Die Förderung der Inklusion im Breiten- und Vereinssport soll weiter ausgebaut werden. Dafür
 1298 bedarf es mehr barrierefreier Sportstätten, aber auch der Fortbildung für Übungsleiterinnen und
 1299 Übungsleiter.

1300

1301 **XIV. Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement**

1302 Um die Qualität und Akzeptanz von städtischen Vorhaben zu erhöhen, werden CDU und
1303 GRÜNE die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern verbessern. Deshalb werden sie das
1304 vom Rat mit großer Mehrheit eingesetzte Gremium, in dem Bürgerinnen und Bürger, Verwal-
1305 tung und Politik ein Konzept für eine verbesserte Bürgerbeteiligung entwickeln, konstruktiv un-
1306 terstützen. Sie verpflichten sich, die Vorschläge des Gremiums, das die Leitlinien für eine ver-
1307 besserte Bürgerbeteiligung beschließt, im Blick auf eine praktikable und effiziente Bürgerbetei-
1308 ligung zu unterstützen. Richtschnur für das Handeln sind die Empfehlungen „Beteiligungskultur
1309 in der integrierten Stadtentwicklung“ des Deutschen Städtetags und der Ratsbeschluss vom
1310 12.05.2015 zur „Entwicklung einer Beteiligungskultur für Köln und eines Leitlinienprozess zur
1311 Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern“.

1312 **Gemeinwohl stärken – Bürgerschaftliches Engagement fördern**

1313 Mit sozialen und kulturellen Nachbarschaftsangeboten, mit vielfältigen Sport- und Bildungsakti-
1314 vitäten sowie mit gemeinnützigen Projekten und Organisationen tragen engagierte Menschen
1315 zum Zusammenhalt und zur Zukunftsfähigkeit Kölns bei. In Köln sind rund 200.000 Bürgerin-
1316 nen und Bürger ehrenamtlich tätig. Diese Zahl hebt deutlich hervor, wie wichtig bürgerschaftli-
1317 ches Engagement für die Stadt ist. Sie leisten damit einen Beitrag zum Gemeinwohl. Um die-
1318 ses Engagement zu unterstützen, wurde 2001 die „Kommunalstelle zur Förderung und Aner-
1319 kennung Bürgerschaftlichen Engagements“ (FABE) unmittelbar im Amt der Oberbürgermeiste-
1320 rin eingerichtet, die CDU und GRÜNE weiter stärken wollen.

1321 Sie wirken darauf hin, dass die Stadt Köln den ehrenamtlichen Einsatz der Bürgerinnen und
1322 Bürger weiterhin fördert und verstärkt auch junge Menschen für ein solches Engagement ge-
1323 winnt.

1324 Die Arbeit des Kölner Arbeitskreises Bürgerschaftliches Engagement (KABE), eines Zusam-
1325 menschlusses der Kölner Organisationen, die Freiwillige vermitteln und zu allen Fragen des
1326 bürgerschaftlichen Engagements informieren, bedarf weiterhin der Unterstützung.

1327

1328 **XV. Regionale Kooperation**

1329 Die regionale Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften wollen CDU und GRÜNE intensivie-
1330 ren. Die großen Potenziale der Region können nur durch Bündelung der Kräfte im Rheinland
1331 optimal genutzt werden. Diese Kooperation soll sich nicht nur auf die Mitglieder der Region
1332 Köln/Bonn beziehen, sondern auch die Stadt Düsseldorf mit einbeziehen.

1333 Regional bieten sich Kooperationsfelder im Bereich der Logistik, der Energieversorgung, der
1334 Entwicklung der beiden Messestandorte und der kulturellen Angebote an.

1335 CDU und GRÜNE wollen eine intensive regionale Zusammenarbeit und die Bildung einer Met-
1336 ropolregion Rheinland unterstützen. Der Verein „Region Köln/Bonn“ ist dafür eine wichtige
1337 Plattform. Er agiert bereits als Teil-Metropolregion für den rheinischen Raum.

1338 Eine stärkere Beteiligung der Stadträte und Kreistage ist eine wichtige Voraussetzung für eine
1339 erfolgreiche regionale Zusammenarbeit und ihre Akzeptanz.

1340 So hat sich zum Beispiel das Planungsinstrument der integrierten Raumanalyse bewährt. Es
1341 soll über kommunale Verwaltungsgrenzen hinaus eingesetzt und weiterentwickelt werden.

1342

1343 **XVI. Internationales, Europa, Städtepartnerschaften**

1344 Europa zu gestalten, ist auch eine kommunale Aufgabe. Und umgekehrt setzt die Europäische
1345 Union (EU) den Handlungsrahmen für viele kommunale Angelegenheiten. Die Städte müssen
1346 sich in Europa einmischen. Ohne Städte gibt es keine ökologische Energiewende, keinen Kli-
1347 maschutz, keine Daseinsvorsorge und Gemeinwohlökonomie und auch keinen sozialen Zu-
1348 sammenhalt.

1349 CDU und GRÜNE wirken darauf hin, dass kommunale Spielräume und Selbstverwaltung durch
1350 die EU nicht eingeengt, sondern im europäischen Eigeninteresse erweitert werden. Die Stär-
1351 kung der kommunalen Demokratie stärkt auch Europa.

1352 Sie wollen das europäische und internationale Engagement der Stadt Köln zielgerichtet betrei-
1353 ben. Kölns Städtepartnerschaften sind dafür eine gute Basis. CDU und GRÜNE wollen deshalb
1354 das Engagement für Bürger- und Menschenrechte durch die Städtepartnerschaften verstärken.
1355 Eine wesentliche Säule in der Pflege und Weiterentwicklung sind die Städtepartnerschaftsver-
1356 eine. Ihre Arbeit bei der Einwerbung von Spenden und Drittmitteln soll unterstützt und die Be-
1357 zuschussung aus kommunalen Haushaltsmitteln stabilisiert werden. Städtepartnerschaftsverei-
1358 ne leisten durch ihre Arbeit – auch unter Einbeziehung weiterer zivilgesellschaftlicher Akteure –
1359 einen wesentlichen Beitrag zum wechselseitigen Lernen sowie zur Integration und auch zur
1360 Entwicklungszusammenarbeit. Die städtischen Beteiligungsunternehmen sollen zukünftig in die
1361 Städtepartnerschaften stärker einbezogen werden.

1362

1363 **XVII. Für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – gegen Extremismus**
1364 **und Rassismus**

1365 Köln ist geprägt durch unterschiedliche Kulturen, Lebensformen und Milieus. Köln ist lebendig
1366 und bunt. Im Sinne der Charta der Vielfalt sollen alle Menschen politische und soziale
1367 Gleichstellung erlangen – in Achtung ihrer geschlechtlichen Identität, ihres unterschiedlichen
1368 Lebensalters, ihrer Kultur, religiösen Ausrichtung und sexuellen Orientierung.

1369 Daher treten CDU und GRÜNE allen politischen Kräften, Parolen und Aktionen entgegen, die
1370 die im Grundgesetz verankerten Werte missachten und bekämpfen, die Ängste und Vorurteile
1371 schüren und Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz propagieren. CDU und GRÜNE
1372 treten allen Kräften entgegen, die sich gegen Zuwanderung, Flucht und Asyl wenden und dies
1373 für ihre extremistischen politischen Zwecke missbrauchen. Die Willkommenskultur verschiede-
1374 ner Initiativen von Kölnerinnen und Kölnern für Geflüchtete wollen CDU und GRÜNE fördern.

1375 Rechtsextremen Parteien und Gruppierungen muss durch Aufklärung und Bildungsangebote
1376 der Zulauf entzogen werden. Die Auseinandersetzung mit grundsätzlich extremen Ideologien,
1377 religiösem Fundamentalismus, Rassismus und Antisemitismus ist notwendig, um das Bewusst-
1378 sein für Menschenrechte, Demokratie, kulturelle Vielfalt, friedliches Miteinander und Gewalt-
1379 freiheit zu fördern. Deshalb werden CDU und GRÜNE die Arbeit des NS-
1380 Dokumentationszentrum (NS-DOK) und der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
1381 (ibs) sichern und stärken sowie den Dialog der Kulturen und Religionen fördern.

1382

1383 **XVIII. Rat und Verwaltung**

1384 **Verwaltungsmodernisierung**

1385 CDU und GRÜNE wollen darauf hinwirken, dass in der Verwaltung eine dezentrale Budget-
1386 und Ergebnisverantwortung auf Dezernats- und fachlicher Ebene etabliert wird und dass ein
1387 zentrales und dezentrales Haushalts- und Investitionscontrolling als wesentlicher Bestandteil
1388 des neuen kommunalen Finanzmanagements (NKF) aufgebaut wird. Die dafür notwendigen
1389 Ressourcen werden in den nächsten Haushaltsjahren zur Verfügung gestellt.

1390 CDU und GRÜNE wirken auf eine Prozessoptimierung vorrangig in den Planungs- und Baures-
1391 sorts und der Wirtschaftsförderung hin.

1392 CDU und GRÜNE wollen auf eine nachhaltige Personalentwicklung in der Verwaltung hinwir-
1393 ken. Dies beinhaltet auch die Erhöhung des Anteils von Frauen sowie von Beschäftigten mit
1394 Migrationshintergrund in allen Verwaltungsebenen. Angesichts zunehmender Vakanzen sollen
1395 Führungskräfte durch zeitgleiche interne und externe Ausschreibungen gewonnen werden. Bei
1396 der Auswahl kommt dem Votum der jeweils verantwortlichen Fachbeigeordneten besondere
1397 Bedeutung zu.

1398 Die Ausbildungsquote soll in der Verwaltung und in städtischen Beteiligungsunternehmen ge-
1399 steigert werden. Förderprogramme für junge Frauen und junge Männer ohne Schulabschluss
1400 sollen in der Verwaltung und in den Beteiligungsunternehmen genutzt werden.

1401 CDU und GRÜNE wollen die Gleichstellung von Frau und Mann in der Personalpolitik der Ver-
1402 waltung zielgerichtet fördern. Das betrifft zum einen die Förderung von Frauen für Führungs-
1403 aufgaben und zum anderen die Frauenförderung im mittleren Dienst. Der städtische Frauenför-
1404 derplan ist darauf auszurichten und regelmäßig in Hinsicht auf seine Wirksamkeit zu evaluie-
1405 ren. CDU und GRÜNE wirken darauf hin, dass die Verwaltung ihr Handeln an der „Europäi-
1406 schen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern“ orientiert. Dies umfasst auch die
1407 Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zum Beispiel durch Betreuungsangebote
1408 für städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und das Werben für Betreuungszeiten für Väter.

1409 Die Stärkung des Diversity-Prinzips soll gezielt gefördert werden, zum Beispiel im Rahmen des
1410 Interkulturellen Maßnahmenprogramms und durch mehr Praktikums- und Ausbildungsplätze für
1411 Menschen mit Behinderungen.

1412 **Nutzung des öffentlichen Raums**

1413 Das Konzept zur Nutzungsvergabe auf den Innenstadtplätzen wird fortgeführt. Die Platzverga-
1414 be für Weihnachtsmärkte erfolgt ausschließlich über Ausschreibungen unter Beachtung ange-
1415 messener Qualitätsstandards für die Produkte. Die Bio-Quote soll weiter gesteigert werden.

1416 CDU und GRÜNE wirken auf moderierte Verfahren zum Konfliktausgleich von Anwohnerinte-
1417 ressen mit den Anforderungen einer lebendigen, weltoffenen Stadt hin – so am Brüsseler Platz
1418 und an weiteren Plätzen.

1419 **Sicherheit im öffentlichen Raum**

1420 CDU und GRÜNE begrüßen und unterstützen die Initiative der Oberbürgermeisterin und des
1421 neuen Kölner Polizeipräsidenten für ein verbessertes und abgestimmtes Sicherheitskonzept im
1422 öffentlichen Raum.

1423 Zur Verbesserung der Sicherheit auf Straßen, Plätzen, Wegen und Grünflächen ist die im
1424 Rahmen des Haushaltsplans 2015 beschlossene Aufstockung des Ordnungsdienstes der Stadt
1425 Köln um weitere insgesamt 100 Ordnungskräfte unter Berücksichtigung der haushaltsmäßigen
1426 Voraussetzungen in 2016 und 2017 und eines den zukünftigen Erfordernissen angepassten
1427 Einsatzkonzeptes zu realisieren.

1428 Die Ordnungspartnerschaften sollen für den Bereich der Ringe, die Domumgebung und für
1429 soziale Brennpunktbereiche in den Stadtteilen verstärkt werden. Das Verwaltungskonzept
1430 „Mehr Präsenz und Ahndung durch personell verstärkten Ordnungsdienst“ vom 31.08.2015 ist
1431 in Hinsicht auf die neuen Erfordernisse zu überarbeiten. Dabei ist auch der stärkere Einsatz
1432 von Streetworkern in Abstimmung mit dem Konzept der Jugendverwaltung zu berücksichtigen.

1433 CDU und GRÜNE wirken darauf hin, dass Schulungsmaßnahmen des Sicherheitspersonals bei
1434 Großveranstaltungen in Bezug auf sexuelle Übergriffe erfolgen.

1435 Im Rahmen städtebaulicher Planungen sind Angsträume im öffentlichen Raum zu vermeiden.

1436 CDU und GRÜNE unterstützen die Initiative der Oberbürgermeisterin für die Bildung eines ge-
1437 samtsstädtischen Präventionsrats unter Einbeziehung der bezirklichen Präventionsräte und wir-
1438 ken darauf hin, dass auch Frauenorganisationen – einschließlich autonomer Frauenprojekte –
1439 dem gesamtstädtischen Präventionsrat angehören.

1440 Der Bußgeldkatalog für Ordnungswidrigkeiten soll gezielt erhöht und vor allem durch Schwer-
1441 punktkontrollen auch angewandt werden.

1442 **Open Data und E-Government**

1443 Bei der Weiterentwicklung des Konzepts „Internetstadt Köln“ sollen die Schwerpunkt ange-
1444 sichts begrenzter Haushaltsmittel auf Open Data, E-Government/Bürgerdiensten, auf Bildungs-
1445 angeboten und auf der Stärkung der digitalen Infrastruktur liegen.

1446 **Beschaffungswesen**

1447 Die Kriterien einer Fairen Vergabe sollen stärker Beachtung finden. Es soll ein Lieferantenko-
1448 dex aufgestellt werden, der die Kriterien des UN Global Compact beinhaltet. Seine Anwendung
1449 soll bis 2020 umgesetzt werden.

1450 Die Beschleunigung und Vereinfachung städtischer Vergabeprozesse – unter Wahrung der
1451 Compliance- und Antikorruptionsregeln – soll gezielt geprüft werden.

1452 **Optimierung der Geschäftsverteilung der Dezernate**

1453 Das Verwaltungshandeln soll durch die Verringerung der Leitungsspannen in den großen De-
1454 zernaten optimiert werden. Führungsmanagement und operative Handlungsfähigkeit sollen
1455 optimiert werden. Diese Neuordnung der Geschäftsbereiche der bestehenden Dezernate wer-
1456 den CDU und GRÜNE im Einvernehmen mit der Oberbürgermeisterin (§ 73 GO NRW) initiie-
1457 ren.

1458 So soll das Verkehrsressort aus dem Dezernat VI ausgegliedert und perspektivisch dem De-
1459 zernat III (Wirtschaft und Liegenschaften) zugeordnet werden. Dem Dezernat VI wird die neu
1460 zu gründende Leitstelle Wohnungsbau zu geordnet. Dezernat VI heißt „Stadtentwicklung, Bau-
1461 en und Planen“. Um die Handlungsfähigkeit im Verkehrssektor kurzfristig zu optimieren, wird
1462 bis auf Weiteres ein zusätzliches Dezernat „Mobilität und Verkehrsinfrastruktur“ gebildet, das
1463 die Ämter 66 (Straßen und Verkehrstechnik) und 69 (Brücken und Stadtbahnbau) sowie die
1464 Zuständigkeit für den Wirtschaftsverkehr (Lkw-Führungskonzept, Logistikkonzept) umfasst.

1465 Auch die Leitungsspanne des Dezernats V wird verringert, in dem das Amt 57 Umwelt- und
1466 Verbraucherschutz, die Koordinationsstelle Klimaschutz (V/7) und der Abfallwirtschaftsbetrieb
1467 dem Dezernat II zugeordnet werden. Aus Dezernat VI wird das Amt für Landschaftspflege und
1468 Grünflächen Dezernat II zugeordnet.

1469 Es wird eine Leitstelle für Flüchtlingskoordination gebildet, die im Dezernat OB unmittelbar der
1470 Oberbürgermeisterin untersteht. Perspektivisch soll diese Leitstelle zu einem Amt für Integri-
1471 ation und Vielfalt entwickelt werden, in dem auch der Bereich Diversity integriert wird.

1472 **Vorschlagsrechte**

1473 Personelle Vorschlagsrechte für die Dezernate I und III übt die CDU-Fraktion und für die De-
1474 zernate II und V die Fraktion der GRÜNEN aus. Beide Fraktionen vereinbaren, die jeweiligen
1475 Personalvorschläge gemeinsam zu unterstützen und dafür im Rat Mehrheiten herzustellen.

1476 **Bezirksvertretungen**

1477 CDU und GRÜNE wollen die Zuständigkeiten der Bezirksvertretungen durch Ausschöpfung des
1478 rechtlichen Rahmens der Gemeindeordnung (§ 37 GO NRW) stärken. Dazu sollen zum Bei-
1479 spiel definierte bezirkliche Aufgaben mit Haushaltsmitteln, etwa in den Bereichen Gestaltung
1480 des öffentlichen Raums, der Straßen, Wege und Plätze, der Grünflächen und der bezirklichen
1481 Kultur- und Brauchtumspflege, den Bezirksvertretungen zugeordnet werden. Die Bezirksvertre-

1482 tungen treffen dabei Entscheidungen im Rahmen der Bestimmungen der Gemeindeordnung
1483 (§ 59, § 80 GO NRW).

1484 **Städtische Beteiligungsunternehmen**

1485 Die Besetzung von Positionen für Vorstände und Geschäftsführer städtischer Beteiligungsge-
1486 sellschaften erfolgt auf Basis von öffentlichen Ausschreibungen unter Hinzuziehung von Perso-
1487 nalberatungsunternehmen, die ihre Vorschläge dem dazu beauftragten Gremium des Auf-
1488 sichtsrats zur Entscheidung präsentieren. Unter der Voraussetzung gleicher Eignung und Be-
1489 fähigung hat die Bestellung von Frauen in diese Führungspositionen Vorrang. Auf Basis der
1490 seit dem 01.05.2015 geltenden gesetzlichen Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von
1491 Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Sektor
1492 setzen sich CDU und GRÜNE in den Aufsichtsräten für die Bestellung von Frauen in Vorstän-
1493 den und Geschäftsführungen ein und wirken darauf hin, dass auch in den Führungsebenen
1494 unterhalb von Vorständen und Geschäftsführungen der Anteil von Frauen signifikant erhöht
1495 wird. Den Aufsichtsräten soll jährlich über die Ergebnisse der Frauenförderung berichtet wer-
1496 den.

1497

1498 **XIX. Arbeitsweise in der Kooperation**

1499 Das Gestaltungsbündnis von CDU und GRÜNEN setzt sich zum Ziel, die gemeinsam verein-
1500 barten Ziele und Vorhaben in dieser Wahlperiode umzusetzen und dafür Mehrheiten im Rat
1501 und den übrigen kommunalen Gremien zu erreichen. Das Gestaltungsbündnis setzt sich zum
1502 Ziel, für relevante Vorhaben um breite politische Mehrheiten zu werben. Dies betrifft vor allem
1503 die Verständigung auf die städtische Investitions- und Haushaltspolitik mit dem Beschluss der
1504 Haushaltssatzungen. Darüber hinaus wird das Gestaltungsbündnis auch bei anderen wesentli-
1505 chen Inhalten auf weitere demokratischen Parteien und Gruppen zugehen und ihnen die Mitar-
1506 beit anbieten. Das Ziel ist eine sachorientierte Politik.

1507 CDU und GRÜNE verpflichten sich, alle in der Vereinbarung festgelegten Ziele und Vorhaben
1508 durch geeignete Initiativen im Rat, in den Ausschüssen und gegenüber den Gremien der städ-
1509 tischen Beteiligungsgesellschaften umzusetzen, indem sie dafür tragfähige Mehrheiten gewin-
1510 nen. Mehrheitsbildungen mithilfe rechtspopulistischer und rechtsextremer Stimmen schließen
1511 CDU und GRÜNE ausdrücklich aus.

1512 Angesichts der angespannten haushaltspolitischen Lage steht die Umsetzung aller vereinbar-
1513 ten Vorhaben unter Haushaltsvorbehalt.

1514 Gegenstände, die nicht in der Kooperationsvereinbarung geregelt sind, werden zwischen den
1515 Partnern im Vorfeld anstehender Entscheidungen beraten und ein Verhalten im gegenseitigen
1516 Einvernehmen abgestimmt.

1517 Wechselnde Mehrheiten sind für die in dieser Vereinbarung beschlossenen Zielsetzungen und
1518 Vorhaben grundsätzlich ausgeschlossen. Dies gilt jedoch nicht für Sachverhalte, für die abwei-
1519 chende oder keine Vereinbarungen getroffen wurden oder werden.

1520 Aufgrund ihrer grundsätzlichen demokratischen Bedeutung sind Angelegenheiten der kommu-
1521 nalen Wahl- und Wahlprüfungsausschüsse nicht Bestandteil von Kooperationsvereinbarungen.

1522 CDU und GRÜNE beraten sich regelmäßig zur Abstimmung ihrer Politik im Kooperationsaus-
1523 schuss (KA). Auf Wunsch eines Kooperationspartners tritt der KA zusammen. Der KA berät alle
1524 Fragen von grundsätzlicher Bedeutung sowie aktuelle politische Vorhaben, die zwischen den
1525 Partnern abgestimmt werden sollen. Ihm gehören jeweils die Parteivorsitzenden, Fraktionsvor-
1526 sitzenden und Fraktionsgeschäftsführer an.

1527 Die Kooperationspartner streben eine periodische Beratung zu relevanten Vorhaben der Ver-
1528 waltung im Vorfeld von Entscheidungen mit der Oberbürgermeisterin an.

1529 Die laufende fachliche Politik der Ausschüsse und sonstigen Gremien wird auf der Ebene der
1530 Facharbeitskreise der Fraktionen vorbereitet und abgestimmt. Hierfür tragen die jeweiligen
1531 fachpolitischen Sprecherinnen und Sprecher die Verantwortung.

1532 Das laufende politische Geschäft einschließlich der Vorbereitung der Ratssitzungen wird von
1533 den Fraktionsgeschäftsführern koordiniert, die sich dabei auf die Arbeit der Facharbeitskreise
1534 der Fraktionen stützen und sich mit den fachpolitischen Sprecherinnen und Sprechern abstim-
1535 men.

1536

1537 **Köln, den 26. Februar 2016**

1538

1539 **Für die CDU Köln**

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Köln

1540

1541 Bernd Petelkau Ralph Elster

Marlis Bredehorst Hans Schwanitz

1542

1543

1544 **Für die CDU-Ratsfraktion**

Für die Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

1545

1546 Bernd Petelkau Niklas Kienitz

Kirsten Jahn Jörg Frank

1547

1548